

Bern

Verstörende Aktion der Berner Polizei

Das Knie auf dem Hals Die Polizei will in Bern einen jungen Mann kontrollieren – am Schluss stösst sie ihn verletzt in einen Kastenwagen.

Naomi Jones, Dölf Barben und Raphael Moser

Der reinste Zufall. Wir sind zehn Journalistinnen und Journalisten von «Bund» und «Berner Zeitung» und ein Fotograf, die sich am Freitagmorgen kurz vor sieben Uhr auf der hinteren Seite der Heiliggeistkirche in Bern treffen. Plötzlich spielen sich wenige Meter vor uns verstörende Szenen ab.

Wir sehen, wie die Polizei einen dunkelhäutigen jungen Mann verhaftet. Am Ende wird er wie ein Kartoffelsack in ein Fahrzeug geworfen. Wir hören, wie sein Kopf auf dem Kabinenboden aufschlägt.

Wir finden übereinstimmend, dass diese Verhaftung teilweise brutal abgelaufen ist. Wir bitten die Polizei um eine Erklärung und einen Fachmann um eine Einschätzung.

Was wir gesehen haben: Der Mann ist auf dem Weg zum Bahnhof. Es scheint ihm nicht gut zu gehen. Ein Polizist und eine Polizistin gehen zu ihm und bringen ihn zu ihrem Fahrzeug. Als der Mann nicht freiwillig einsteigen will, kommt es zum Gerangel. Der Polizist greift in die kurzen Haare des Mannes, zieht seinen Kopf nach hinten und versucht, ihn aus dem Gleichgewicht zu bringen. Dann rammt er dem Mann das Knie in den Bauch.

Bald ist der Mann niedergefallen. Die Polizistin drückt Beine und Füsse des Mannes zu Boden. Wir sehen, wie der Polizist sein rechtes Knie auf den Hals des Mannes legt. Allmählich lässt der Widerstand nach. Ab und zu klopft der Mann mit der freien Hand auf den Asphalt. Bald treffen weitere Polizisten ein. Der Mann wird aufgestellt. Doch es scheint, als würde er zusammenbrechen, wenn er nicht gestützt würde. Über einem Auge klafft eine blutende Wunde.

Schliesslich bugsiert ein Polizist den verletzten Mann in den Kastenwagen. Es ist eine Mischung aus Stossen, Werfen und Fallenlassen. Der Mann schlägt mit dem Kopf auf und bleibt reglos liegen.



Bei der Berner Heiliggeistkirche: Der Polizist drückt mit seinem Knie auf den Hals des überwältigten Mannes. Foto: Raphael Moser

Was sagt die Kantonspolizei?

Wir fragen die Kantonspolizei, wie sie diesen Einsatz rechtfertigt. Sie schreibt, der Mann sei kontrolliert worden, weil er geschwankt habe und beinahe in eine Stange gelaufen sei. Da er von sich aus Drogen erwähnt, keine Papiere bei sich getragen und nur Italienisch gesprochen habe, «wurde entschieden, die weiteren Abklärungen, insbesondere auch zur Identität des Mannes, auf einer Polizeiwache zu tätigen». Und weiter: «Aus Sicherheitsgründen beabsichtigte die Patrouille, dem Mann Handfesseln für den Transport im Patrouillenfahrzeug anzulegen. Nach anfänglicher Kooperation versperrte der Mann beim Anlegen der Handfesseln die Arme. Zu diesem Zeitpunkt trug er die Handfesseln an einem Handge-

lenk. Die Polizisten versuchten ihn in der Folge zu beruhigen, was nicht gelang.»

Die Polizeisprecherin schiebt eine Erklärung ein: «Für alle Beteiligten kann es gefährlich werden, wenn jemand mit einer offenen Handschelle am Handgelenk anfängt herumzufucheln. Daher entschied die Patrouille, den Mann aus Sicherheitsgründen unter Kontrolle zu bringen und zu Boden zu führen.» Dabei habe einer der Polizisten sich an der Hand verletzt, «was ein Festhalten mit dieser Hand verunmöglichte und es zusätzlich erschwerte, den sich nun körperlich und mit Klemmen zur Wehr setzenden Mann zu arretieren».

Und das Knie auf dem Hals? Die Sprecherin schreibt: «Die von Ihnen beschriebene Fixierung mit dem Knie ist nicht auf dem

Hals, sondern im Bereich der Schultern und/oder des Kopfes vorgesehen. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass das Knie bei aktiver Gegenwehr verrutscht.»

Das widerspricht dem, was wir gesehen haben: Das Knie des Polizisten befand sich klar auf dem Hals des Mannes – und nicht nur während einiger weniger Sekunden. Zur von uns festgestellten Härte des Vorgehens heisst es in der Stellungnahme: «Wir können verstehen, dass die Anhaltung Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen nach wie vor beschäftigt. Muss eine Person, die sich wehrt oder widersetzt, mit Körperkraft überwältigt werden, sehen die dafür geeigneten Techniken immer hart aus oder können gar brutal wirken.» Wir haben nicht gesehen, dass der Mann gegen die Polizis-

ten tödlich geworden wäre, bevor er zu Boden gerungen wurde. Nach dem heftigen Tritt begann er sich zu wehren.

Was sagen die Fachleute?

Wir fragen Markus Mohler, einen Experten für Polizeirecht. Er sagt: «Auf dem Hals knien geht gar nicht.» Das sei gefährlich, weil dadurch die Blutzufuhr zum Kopf unterbrochen werden könne. Aus seiner Sicht sei in diesem Fall die Taktik der Fixierung falsch gewählt worden. Es gebe polizeiliche Festhaltetechniken, die so schmerzhaft seien, dass sie sehr fein dosiert werden könnten. Und zwar an den Beinen oder mit dem Knie auf dem Schulterblatt.

Im Archiv finden wir etwas, was Ulrich Zollinger, der emeritierte Berner Rechtsmediziner,

«Auf dem Hals knien geht gar nicht.»

Markus Mohler
Experte für Polizeirecht

im Zusammenhang mit dem Afroamerikaner George Floyd gesagt hatte, Floyd war durch Polizeigewalt gestorben; sein Tod löste die «Black Lives Matter»-Bewegung aus: Vor allem die Bauchlage sei gefährlich, hielt Zollinger fest. In dieser Lage drohe bald der Erstickenstod, weil erregte Personen rasch in Atemnot geraten könnten.

Was sagt das Gesetz?

Polizisten müssen diejenige Massnahme anwenden, die den Betroffenen «voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt». So steht im kantonalen Polizeigesetz. Und weiter: «Eine Massnahme darf nicht zu einem Nachteil führen, der in einem erkennbaren Missverhältnis zum angestrebten Erfolg steht.» Sie muss verhältnismässig sein.

Belprahon lenkt ein – Gemeinderat will aber weiterkämpfen

Jurafrage Der Druck war zu gross: Belprahon verzichtet auf eine neuerliche Abstimmung – vorläufig.

Die Enttäuschung ist gross: Der Gemeinderat von Belprahon hat am Freitagnachmittag mitgeteilt, den für den 27. Juni angekündigten Urnengang abzublasen. Dann hätte die 270-Seelen-Gemeinde, die östlich an Moutier angrenzt, ihre Bürgerinnen und Bürger nochmals über die Kantonszugehörigkeit abstimmen lassen wollen.

Der Gemeinderat hatte diese Abstimmung angesetzt, weil Moutier sich Ende März für den Wechsel zum Kanton Jura ausgesprochen hatte – während Belprahon sich 2017 mit sieben Stimmen Unterschied für den Kanton Bern entschieden hatte.

Komplette Ablehnung

Ende Mai hatte der Gemeinderat die Abstimmung angekündigt.

«Jetzt würde eine Abstimmung in Belprahon ebenfalls auf die Jura-Seite kippen.»

Nadège Wegmüller
Vizegemeinderatspräsidentin von Belprahon

was reihum ablehnende Reaktionen hervorrief: Der Bund, der Kanton Bern, die probenrischen Bürger von Belprahon und sogar der Kanton Jura distanzieren sich davon.

Der Kampf geht weiter

Am Donnerstag erst appellierte der Regierungsrat des Kantons Bern an die Behörden von Belprahon, auf die Abstimmung zu verzichten. Das Ergebnis von 2017 sei rechtsgültig, der demokratische Prozess sei entschieden. Es gebe keine rechtliche Grundlage für eine neuerliche Abstimmung. «Unter der Flagge dieser «Verbote», wie es in der Mitteilung heisst, hat der Gemeinderat von Belprahon nun eingelenkt. Die Abstimmung findet nicht statt.

Gleichzeitig macht der Gemeinderat in seinem Communiqué deutlich, dass die Geschichte damit noch nicht zu Ende sei. Die Gemeinde werde nicht darauf verzichten, ihre Interessen «mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln» zu verfolgen. Der Gemeinderat werde weiterhin bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, dass die Situation, die sich nach dem Kantonswechsel von Moutier ergebe, «nicht endgültig geklärt ist».

Für Belprahon beginnt gemäss der Mitteilung «eine neue Ära». Der Gemeinderat werde keine Möglichkeit auslassen, um eine Zukunft anzustreben, in der die grundlegenden Interessen der Gemeinde und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner gewahrt seien. Kurzfristig werde der

Gemeinderat es sich zur Aufgabe machen, die Zusammenarbeit mit Moutier aufrechtzuerhalten.

Immer noch gespalten

Der Gemeinderat von Belprahon hat wiederholt argumentiert, die Abstimmung von 2017 habe nicht unter den «bestmöglichen Bedingungen» stattfinden können, wie das im Rahmen des institutionellen Prozesses vorgesehen war. Die zahlreichen Bitten, die besondere Situation von Belprahon anzuerkennen «und den Bürgern eine informierte Entscheidung zu ermöglichen», seien nie erfüllt worden, heisst es auch jetzt wieder im Communiqué. Der Gemeinderat sei vom Kanton Bern zahlreiche rechtliche Hindernisse in den Weg gelegt worden.

Die Gemeinde sei nach wie vor tief gespalten in der Jurafrage, sagte Gemeinderätin Nadège Wegmüller am Freitag auf Anfrage. Das zahlenmässige Verhältnis zwischen Probernern und Separatisten sei «praktisch fifty-fifty». Die Vizegemeinderatspräsidentin verweist auf die Abstimmung von 2017, als sich Belprahon mit bloss sieben Stimmen Unterschied gegen einen Kantonswechsel ausgesprochen hatte. Damals sei der Entscheid von Moutier noch mit Unsicherheit behaftet gewesen, so Wegmüller. Jetzt, wo endgültig klar sei, dass Moutier den Kanton wechseln werde, «würde eine Abstimmung in Belprahon ebenfalls auf die Jura-Seite kippen».

Dölf Barben

Die Frauen fechten es untereinander aus

Statthalterwahlen Bern-Mittelland Die Kandidatinnen von SP und FDP liegen nach dem ersten Wahlgang deutlich vorn. Ende August kommt es zur Stichwahl zwischen den beiden.

Brigitte Walser

Sollte er auf dem dritten Platz landen, werde er nicht zum zweiten Wahlgang antreten, sagte Claude Grosjean vor der Bekanntgabe der Resultate über die Statthalterwahlen Bern-Mittelland. Wenig später machte er diese Ankündigung wahr. Gegen die Bündnisse von SP und Grünen auf der einen sowie FDP und SVP auf der anderen Seite habe er einen schwierigen Stand gehabt, sagte der GLP-Kandidat. Trotzdem hatte sich der 46-jährige Berner mehr Stimmen erhofft.

Im Rennen bleiben Ladina Kirchen (SP) und Tatjana Rothenbühler (FDP). Keine von ihnen erreichte am Wahlwochenende das absolute Mehr. Die 76 Gemeinden von Bern-Mittelland werden deshalb am 29. August noch einmal zur Urne gerufen.

Deutlich vorne beim ersten Wahlgang lag die 51-jährige Ladina Kirchen, die in Oberbottigen wohnt und in Bümpliz eine Anwaltskanzlei führt. Sie strahlte nach Bekanntgabe des Resultats, sagte, sie sei sehr zufrieden damit, und machte sich auf nach Bern, um zu feiern. «Noch schöner wäre gewesen, es hätte gleich im ersten Wahlgang geklappt», fügte sie noch an, aber man dürfe nicht zu viel verlangen. Sie gehe nun sehr zuversichtlich in den zweiten Wahlgang, den sie mit ihrem Team in den nächsten Tagen aufgleisen will.

Hohe Wahlbeteiligung

Mit dem Resultat sehr zufrieden ist aber auch Tatjana Rothenbühler auf dem zweiten Platz. Die 50-jährige FDP-Politikerin, die beim Bund im Compliance-Bereich arbeitet und in Köniz wohnt, wird «angesichts des guten Resultates in den zweiten Wahlgang steigen» und mit ihrem Team die Ausgangslage in den kommenden Tagen noch genauer analysieren. Entscheidend wird nun sein, wie sich die Stimmen von Grosjean auf die zwei Kandidatinnen verteilen.

Nach dem Ende des ersten starteten die Kandidatinnen also bald in den zweiten Wahlkampf, der wohl etwas weniger von der Pandemie geprägt sein wird. «Bisher hat der Wahlkampf über Videokonferenzen und auf der Strasse stattgefunden», sagte Rothenbühler. Einzige die EVP hatte ein Onlinepodium organisiert, sonst aber fanden fast nur Hearings statt, bei denen die Kandidaten nacheinander ange-

Ladina Kirchen holt am meisten Stimmen



Grafik: db / Bilder: Beat Mathys, Raphael Moser, Christian Pfander / Quelle: Staatskanzlei Bern

hört wurden. «So war es schwierig, öffentliches Interesse zu generieren», sagte Kirchen. Gelingen scheint dies trotzdem zu sein: Die Wahlbeteiligung lag bei hohen 53 Prozent – gegenüber 39 Prozent vor vier Jahren. Diese

hohe Beteiligung ist zwar klar auf die anderen Abstimmungen an diesem Wahlwochenende zurückzuführen, trotzdem bezeichnen die drei Kandidierenden den ersten Wahlkampf als sehr intensiv und engagiert.

Mehr Statthalterinnen als Statthalter

Auch im Wahlkreis Thun erhielt bei den Statthalterwahlen eine Frau am meisten Stimmen: Die von den Grünen portierte Parteilose Simone Tschopp erreichte deutlich den ersten Platz. Auch hier ist ein zweiter Wahlgang nötig. In Bern-Mittelland wird sicher eine Frau das Rennen gewinnen. Das bedeutet, dass die bernischen Statthalterämter künftig mehrheitlich in Frauenhand sind. Im Moment ist es ausgeglichen: Es gibt fünf Statthalter und fünf Statthalterinnen. Im Wahlkreis Thun möchte Tschopp Nachfolgerin von Marc Fritsch (FDP) werden, der pensioniert

wird. Sie kam auf 17'850 Stimmen. Mathias Berger von der SVP kam auf 10'933, Hannes Zaugg-Graf auf 53,6 Prozent. Mathias Berger sagte, er werde «selbstverständlich» nochmals antreten. Das sei er den Wählenden und den beiden Parteien, die ihn portierten, schuldig. Berger wurde auch von der FDP empfohlen. Hannes Zaugg-Graf sagte, derzeit gehe er davon aus, dass er zum zweiten Wahl-

gang antrete. Sein Wahlteam werde das aber noch analysieren. Kampfwahlen haben nur in zwei Verwaltungskreisen stattgefunden, in acht weiteren wurden die bisherigen in stiller Wahl bestätigt. Im Amt bleiben Stéphanie Niederhauser (FDP, Berner Jura), Romi Stebler (FDP, Biel), Franziska Steck (SVP, Seeland), Marc Häusler (SVP, Oberaargau), Claudia Rindlisbacher (SVP, Emmental), Michael Teuscher (SVP, Obersimmental-Saanen), Ariane Nottaris (SVP, Frutigen-Niedersimmental) und Martin Küni (SP, Interlaken-Oberhasli). (sda/bu)

Auch wenn ein zweiter Wahlgang erwartet worden war: Die Stimmung vor der Bekanntgabe der Resultate war nervös. Medien und Kandidaten waren dazu auf das Statthalteramt in Ostermündigen gebeten worden, wo

pandemiebedingt nur wenige Personen Einlass fanden. Dort mussten Kirchen, Rothenbühler und Grosjean dann rund eine Stunde auf die Resultate warten, weil zwei Gemeinden diese mit Verspätung abgeliefert hatten.

Leuchter fieberte mit

Er habe noch fast immer erlebt, dass die eine oder andere Gemeinde beim Auszählen mit Problemen zu kämpfen hatte, sagte Statthalter Christoph Lerch (SP) vor Ort. Er selbst war 2009 ins Amt gewählt und zweimal bestätigt worden. Beide Male musste er sich allerdings gegen Herausforderer durchsetzen, 2017 etwa gegen Claude Grosjean. Vielleicht deshalb konnte er die Anspannung gut nachvollziehen: Immer wieder kam er zu den Warten, um sie über den Stand der Verzögerung zu informieren und Erklärungen dafür zu liefern – oder eine Stärkung anzubieten. Lerch geht Ende Jahr in Pension.

Nachrichten

Wie Ihre Gemeinde abgestimmt hat

Eidg. Vorlagen Hat Ihre Wohn-gemeinde zu den fünf eidgenössischen Vorlagen Ja oder Nein gesagt? Und mit welchem Stimmenverhältnis? Die Resultate sämtlicher Schweizer Gemeinden finden Sie auf unserer Website derbund.ch. (red)

Steckgut-Schulhaus kann saniert werden

Bern Die Stadt Bern kann das Steckgut-Schulhaus im Lorrainequartier sanieren. Das Volk hat den Baukredit von 8,4 Millionen Franken gutgeheissen. 44'248 Stimmberechtigte legten ein Ja in die Urne, 5724 ein Nein. Die Vorlage wurde mit 88,6 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Die Stimmbeteiligung betrug 63,6 Prozent. Die Bauarbeiten sollen im Sommer 2022 starten. (sda)

Lindenmatt kann aufgestockt werden

Bolligen Die Wohnsiedlung Lindenmatt kann saniert und um ein Geschoss aufgestockt werden. Die Stimmberechtigten haben an der Urne grünes Licht gegeben. Mit 1841 zu 1067 Stimmen genehmigten sie die angepasste Überbauungsordnung. Die Stimmbeteiligung betrug 65 Prozent. Der Gemeinderat warb für ein Ja, weil es sinnvoller sei, bestehenden Wohnraum zu verdichten, anstatt Grünflächen zuzubetonieren. 36 zusätzliche Wohnungen sollen dank der Aufstockung entstehen. (sda)

Abfallsammelhof: Gegner unterliegen

Thun Der Bau eines regionalen Abfallsammelhofs im Thuner Lerchenfeldquartier rückt näher. Die Stimmberechtigten haben die sogenannte Zonenplan-Initiative abgelehnt, die sich gegen das Bauvorhaben richtete. Das Begehren wurde mit 10'245 Nein- zu 5298 Ja-Stimmen nach- ab geschickt. Die Stimmbeteiligung betrug 51,4 Prozent. Die Urheber der Zonenplan-Initiative wollten, dass das Areal der Zone für Sport- und Freizeitanlagen zugeteilt wird. (sda)

«SG-Wildwuchs»: Initiative abgelehnt

Büren Die Stimmberechtigten von Büren an der Aare haben eine Initiative abgelehnt, die sich gegen «Wildwuchs» beim Bau von 5G-Antennen richtete. Das Begehren wurde mit 740 Nein- gegen 639 Ja-Stimmen verworfen. Die Stimmbeteiligung betrug rund 65 Prozent. Die Initianten verlangten, dass die Gemeinde künftig im Rahmen einer Standortplanung festlege, wo geeignete Orte für 5G-Antennen seien und wo nicht. (sda)

Gemeinderatspräsident gewinnt Kampfwahl

Frutigen Hans Schmid bleibt Gemeinderatspräsident von Frutigen. Der SVP-Politiker setzte sich in einer Kampfwahl klar gegen den parteilosen Herausforderer Urs Peter Küni durch. 2418 Stimmberechtigte gaben Schmid den Vorzug, 855 entschieden sich für Küni. Die Stimmbeteiligung betrug 63,7 Prozent. Schmid wurde 2016 ins Amt gewählt und 2017 in stiller Wahl bestätigt. Nun steht ihm eine weitere vierjährige Legislatur bevor. (sda)

Wird Gewalt bei Festnahme untersucht?

Polizei Journalisten beobachten eine verstörende Festnahme. Nun wird eine Untersuchung gefordert.

Die vom «Bund» beobachtete Festnahme eines mutmasslich nordafrikanischen Mannes am Freitagmorgen gibt viel zu reden: Als zwei Polizisten den Mann in Handschellen zur Kontrolle auf die Polizeiwache fahren wollen, leistet er passiven Widerstand. Ohne dass er erkennbar tätlich geworden wäre, führen sie ihn in einem brutal anmutenden Gerangel zu Boden und fixieren ihn dort in umstrittener Weise.

Zahlreiche Onlinekommentare und Politiker fordern nun, dass der Fall aufgearbeitet werde.

Stellungnahme der Polizei

Der grüne Grossrat Hasim Sançar aus Bern bereitet eine Interpellation vor, in der er einen Bogen zum Tod des Kurden Cemal G. aufgrund eines Polizeieinsatzes 2001 in Bern schlägt. Der Kurde erlitt dabei eine Hirnschädigung, an der er kurz darauf starb.

Am Samstagnachmittag publizierte die Polizei ihre Stellungnahme, die sie dem «Bund» am Freitagnachmittag als Antwort auf dessen Fragen geschickt hatte, auf ihrer Website. Sie begründete dies damit, dass ihre Stellungnahme im Bericht «teilweise verkürzt» wiedergegeben worden sei, zudem sei es deswegen zu «mehreren Rückfragen» gekommen. Offenbar hat der Vorfall auch polizeinterne Beachtung gefunden.

Wird die Institution den Fall extern untersuchen lassen? Gestern liess die Polizeisprecherin Isabelle Wüthrich dies noch offen. Sie könne zu dieser Frage erst am Montag informieren.

«In medizinischer Obhut»

Damit schliesst sie eine interne oder externe Untersuchung des Falles nicht aus. Sie schreibt: «Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass wir Rückmeldungen stets ernst nehmen und

solche Einsätze auch angeschaut werden.»

Die Polizeisprecherin teilte mit, dass der Mann aufgrund fremdenpolizeilicher Massnahmen ins Regionalgefängnis überführt worden sei. Am Freitag hatte sie mitgeteilt, dass er sich illegal in der Schweiz aufhalte. Nach den Abklärungen auf der Wache sei der Mann zudem «in medizinische Obhut» übergeben worden.

Naomi Jones

Kontroverse um eine Polizeiaktion beim Bahnhof Bern

Mit Knie auf Hals gedrückt Journalistinnen und Journalisten von «Bund» und «Berner Zeitung» wurden beim Berner Bahnhof zufällig Zeugen einer Festnahme.

«In diesen Momenten bräuchte ich mehr Hände.»

Noemi L.
Kita-Mitarbeiterin

Lena D. verdient für 90 Prozent netto 3700 Franken. Ein Freund, ein Informatiker, verdiene mit abgeschlossener Lehre 100 bis 200 Franken weniger als sie – arbeitet aber nur 60 Prozent. «Für einen vergleichbaren Lohn leiste ich 30 Prozent mehr. Wieso wird meiner Arbeit weniger Wert gegeben als seiner?»

Gesundheitliche Folgen

Damals im Winter war Lena D. gestresst und ausgebrannt. «Ich schloss regelmässig die Kita-Tür hinter mir und weinte. Ich konnte einfach nicht mehr.»

Gemäss der VPOD-Umfrage zum Gesundheitsschutz des Kita-Personals vom April fühlen sich 80 Prozent der Befragten bei der Arbeit gestresst. Zu den häufigsten Beschwerden gehören emotionale Erschöpfung, Reizbarkeit und Kopfschmerzen. Um die gesundheitliche Belastung zu senken, erachtet ein Grossteil mehr ausgebildetes Personal und kleinere Gruppen von Kindern als wichtigste Massnahmen, schreibt der VPOD.

Der Druck der Strasse

Im April haben die Bildungskommissionen von National- und Ständerat eine parlamentarische Initiative angenommen, die eine Senkung der Elternbeiträge und Investitionen in frühkindliche Förderung fordert. Simone Fehr, bei Kibesuisse zuständig für das deutschsprachige Mittelland, begrüsst das: «Für eine nachhaltige Qualitätsentwicklung in der familienergänzenden Bildung und Betreuung braucht es substanzielle Investitionen, insbesondere in die Qualifikation der Mitarbeitenden.»

Ebenfalls sehr begrüswenswert findet Fehr, dass der Kanton Bern plant, Praktikantinnen vom Betreuungsschlüssel auszunehmen. Dazu brauche es, so Fehr, jedoch nachhaltige Finanzierungsmodelle durch die öffentliche Hand, keinesfalls dürfen die Elterntarife erhöht werden. Der Grosse Rat beschloss zudem, dass im Kanton Bern neu auf die Löhne und Arbeitsbedingungen in Kitas geachtet werden muss.

Diese Neuerungen wertet auch Tanja Bauer, SP-Grossrätin und Präsidentin VPOD Kanton Bern, als Fortschritt. Und doch habe sie manchmal das Gefühl, dass der Druck der Strasse, vom Frauenstreik von 2019 etwa, im Grossen Rat noch nicht angekommen sei. Bevor man überhaupt einen Fortschritt anstossen könne, müsse man Rückschritte verhindern. «Es wird nicht anerkannt, wie wichtig Kitas volkswirtschaftlich sind – für die Förderung der Kinder wie für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.»

Sie werde die Kinder vermissen, sagt Lena D. «Meine Kita ist nicht ein schwarzes Schaf, sonst hätte ich die Stelle gewechselt und nicht gleich den Beruf.»

Die Aufgaben einer Gruppenleiterin übernimmt Noemi L., schon länger, ihr Chef habe sich dafür eingesetzt, dass das endlich anerkannt werde. «Diese Wertschätzung», sagt Noemi L., die neu auch offiziell Gruppenleiterin ist, «freut mich sehr.»

Es wäre an der Kita-Leitung, findet sie, sich dafür einzusetzen, dass die Grenze von zwölf Kindern nicht überschritten werde. Seit diesem Jahr zählen in der Kita von Lena D. die Kindergarten-Kinder für die Belegung nicht mehr mit Faktor 1, sondern nur noch 0,75. Die Folge: Für eine gleich hohe Belegung braucht es mehr Kinder. Der Druck, mehr Kinder aufzunehmen, sei spürbar, sagt Lena D. «Es geht zu fest um den Profit. Dabei geht unter, wie es uns und den Kindern geht.»

Regelmässig sind in der Kita, in der Noemi L. arbeitet, mehr Kinder da, als es gemäss Betreuungsschlüssel sein sollten. Jeweils am Donnerstagmittag sind 13,5 Kinder in der Gruppe (Babys bis einjährig werden mit Faktor 1,5 gerechnet), obwohl es maximal 12 sein sollten. «Gerade in dieser Gruppe gibt es mehrere Kinder, die besonders viel Aufmerksamkeit brauchen», sagt Noemi L. Die Grösseren, wenn sie vom Kindergarten kommen, zu fragen, wie es ihnen gehe, liege dann oft nicht drin.

Bei der Nothbetreuung während des Lockdown waren weniger Kinder in der Kita. Es herrschte weniger Hektik, mehr Ruhe. Das habe den Kindern, gerade den sensiblen, geholfen, sie seien ruhiger gewesen, sagt Noemi L.

Als sich zehn Journalistinnen und Journalisten und ein Fotograf von «Bund» und «Berner Zeitung» am Freitagmorgen kurz vor 7 Uhr zu einer Flyer-Verteilaktion beim Berner Bahnhof trafen, wurden sie Zeugen einer verstörenden Polizeiaktion.

Gemäss eines «Bund»-Berichts wollte die Kantonspolizei Bern auf der hinteren Seite der Heiliggeistkirche einen jungen, dunkelhäutigen Mann verhaften. Als dieser jedoch nicht freiwillig ins Polizeifahrzeug einsteigen wollte, kam es zum Gerangel. Daraufhin habe der Polizist den Kopf des Mannes nach hinten gezogen, versucht, ihn aus dem Gleichgewicht zu bringen und ihm schliesslich das Knie in den Bauch gerammt.

Als der Mann dann am Boden lag, drückte eine Polizistin Bein und Füsse des Mannes zu Boden, während der Polizist sein rechtes Knie auf den Hals des Mannes legte.

Als der Mann anschliessend aufgestellt wurde, schien es, als würde er zusammenbrechen, heisst es im «Bund». Über einem Auge habe eine blutende Wunde geklafft. Als ein Polizist den Mann schliesslich in den Kastenwagen stiess, schlug dieser gemäss «Bund» mit dem Kopf auf dem Boden auf und blieb regungslos liegen.

Polizei: «Techniken können immer brutal wirken»

Die Kantonspolizei beschreibt den Vorfall in einer Stellungnahme am Samstag wie folgt: Der Mann sei einer Polizeipatrouille aufgefallen, weil er schwankend beinahe in eine Stange gelaufen sei. Ausserdem habe er Schürfungen und blutende Verletzungen an den Armen und Händen aufgewiesen.

Ein Polizist und eine Polizistin hätten daraufhin eine Personenkontrolle durchführen wollen, der Mann habe allerdings keinen Ausweis auf sich gehabt. Bei der Kontrolle sei der Mann von sich aus auf Drogen zu sprechen gekommen, tatsächlich habe man bei ihm ein Säcklein mit Rückständen von Weissmehl-Pulver gefunden.

Aufgrund seines Zustandes und weil die Kommunikation mit dem Mann – er habe nur Italienisch gesprochen – schwierig gewesen sei, habe man sich entschieden, ihn für weitere Abklärungen auf eine Polizeiwache zu bringen.

Aus Sicherheitsgründen hätten die Polizistinnen und Polizisten entschieden, dem Mann für den Transport Handfesseln anzulegen. Nach anfänglicher Kooperation habe der Mann dann die Arme versperrt. «Für alle Beteiligten kann es gefährlich werden, wenn jemand mit einer offenen Handschelle am Handgelenk anfängt, herumzufucheln», heisst es in der Stellungnahme.

Darum habe man entschieden, «den Mann aus Sicherheitsgründen unter Kontrolle zu bringen und zu Boden zu führen». Dabei habe sich ein Polizist an der Hand verletzt, weshalb er den Mann mit der verletzten Hand nicht mehr festhalten konnte.

Die umstrittene Festhaltetechnik, mit der das Knie des Polizisten auf den Hals des Festgehaltenen gedrückt wird, erinnert an den tragischen Tod des Afroamerikaners George Floyd, der vor einem Jahr eine internationale Protestwelle gegen Polizeigewalt und gegen sogenanntes «Racial Profiling» ausgelöst hatte.

Dazu schreibt die Kantonspolizei Bern, die Fixierung sei nicht auf dem Hals, sondern im Bereich der Schultern und/oder des Kopfes vorgesehen. «Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass das Knie bei aktiver Gegenwehr verrutscht.» Die «Bund»-Journalistinnen und -Journalisten widersprechen dieser Darstellung: «Das Knie des Polizisten befand sich klar auf dem Hals des Mannes – und nicht nur während einiger weniger Sekunden», schreiben sie.

«Vielleicht sollte die Stadt Bern mal über einen Ressourcenvertrag mit einem anderen Korps verhandeln.»

Manuel C. Widmer
Stadtrat, GFL

Auffällig ist eine weitere Diskrepanz zwischen der Darstellung der Polizei und jener der Journalistinnen und Journalisten vom «Bund». Die Polizei schreibt nämlich: «Muss eine Person, die sich wehrt oder widersetzt, mit Körperkraft überwältigt werden, sehen die dafür geeigneten Techniken immer hart aus oder können gar brutal wirken.» Die «Bund»-Journalistinnen und -Journalisten schreiben jedoch, sie hätten keine Tätlichkeiten vonseiten des Verhafteten gegen die Polizisten beobachtet, bevor dieser zu Boden gerungen wurde. Erst nach dem heftigen Tritt habe er sich zu wehren begonnen.

Die Polizei gesteht allerdings ein: «Das Einsteigen ins Patrouillenfahrzeug verlief nicht wie geplant, da der Mann zu Fall kam und durch Einsatzkräfte nicht rechtzeitig aufgefangen werden konnte.» Auf der Polizeiwache habe sich herausgestellt, dass der Mann sich illegal in der Schweiz aufhalte. Er wurde nun in medizinische Obhut übergeben. Der verletzte Polizist habe ebenfalls ärztliche Behandlung benötigt und werde mehrere Wochen ausfallen.

«Es braucht jetzt eine Stadtpolizei»

Auf Twitter äusserten sich Politikerinnen und Politiker empört, aber wenig erstaunt über den Vorfall. Mohamed Abdirahim, Stadtrat für die Juso und selbst Person of Color schreibt: «Polizeigewalt und Racial Profiling haben System.» Abdirahim fordert, dass der Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei beendet wird: «Es braucht jetzt eine Stadtpolizei, damit solche Fälle unabhängig untersucht werden können.»

Dasselbe verlangt GFL-Stadtrat Manuel C. Widmer: «Vielleicht sollte die Stadt Bern mal über einen Ressourcenvertrag mit einem anderen Korps verhandeln. Oder zurück zur Stadtpolizei.»

Berns Sicherheitsdirektor Reto Nause wollte sich auf Anfrage dieser Zeitung nicht zum Vorfall äussern.

Andrea Knecht und
Christian Häderli



Erinnert an George Floyd: Ein Polizist der Kapo drückt einem Mann sein Knie auf den Hals. Foto: Raphael Moser

Im Ausnahmezustand
Wie ein Käfig, sagt ein Kritiker. Vor dem Gipfel gleicht Genf in der Tat einer kleinen Festung. 4

Rückkehr der USA
Joe Biden will sein Land wieder zu einem Partner der Nato machen, auf den Verlass ist. 6

Im Dilemma
Für wen Pippo Pollina und andere Italo-schweizer an der EM mitfiebert. 23



David Wagner
Warum der Mann, der 2,5 Millionen bei Schalke verdiente, trotzdem zu den Young Boys kam. 14

AZ 3000 Bern 1

Der Bund

Dienstag, 15. Juni 2021 — 172. Jahrgang, Nr. 136 — Fr. 4.60 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung — gegründet 1850

Nach Gössis Rücktritt steht die FDP vor einer schwierigen Zukunft

Parteien In den grossen politischen Projekten der Schweiz steht der Freisinn zurzeit als offen zerstrittene Truppe da. Unklar ist auch, wer eine Führungsrolle in Anspruch nehmen will.

Keine 24 Stunden nach der Niederlage bei der Abstimmung über das CO₂-Gesetz gab Petra Gössi gestern ihren Rücktritt als FDP-Präsidentin bekannt. Mit dem Volks-Nein zum Gesetz, für das sie sich engagiert und exponiert hatte, soll ihr Rücktritt aber nichts zu tun haben: «Ich will mich vermehrt auf meine berufliche Karriere konzentrieren.» Das habe sie schon vor ein paar Wochen ihrem engsten Umfeld gesagt.

Der Job an der Spitze der FDP war ein Verschleissjob für Gössi. Das Bundeshaus und ihre eigene Fraktion sind ihr etwas fremd geblieben. Machtpolitik, wie sie andere Parteichefs in Bern bis zum Exzess versprühen, war nie ihre Sa-

che. Parteiinternen Gegenwind löste Petra Gössi Anfang 2019 aus, als sie der FDP in der Klimapolitik einen radikalen Kurswechsel verpasste und im Hinblick auf das CO₂-Gesetz das grüne Erbe des Freisinns hervorstrich. Obwohl sich die Delegierten und eine Mehrheit der Bas-

sis für den neuen Kurs aussprachen, riss die oft harte Kritik innerhalb der Partei nie mehr ab.

Wer auch immer Gössi im FDP-Präsidentschaftsamt folgt: Die Zerissenheit der Partei in der Klimapolitik wird eine immense Herausforderung sein. Genau dassel-

be lässt sich von der Europapolitik sagen, wo die FDP beim Scheitern des Rahmenabkommens eine konfuse Rolle spielte. In den grossen politischen Projekten der Schweiz steht die Partei zurzeit als offen zerstrittene Truppe da, deren Diskussionskultur zertrümmert ist. Zudem gilt es, den beharrlichen Abwärtstrend bei kantonalen und kommunalen Wahlen zu stoppen.

Wer diese Herkulesaufgabe übernimmt, ist offen. Die meisten Schwergewichte geben über ihre Ambitionen keine Auskunft — mit einer Ausnahme: Der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen, Gössis härtester Kritiker, ist an einer Kandidatur «nicht interessiert». (red)

Nach dem Nein zum CO₂-Gesetz

Wohin driftet die FDP klimapolitisch unter einer neuen Führung? **Seite 2**

Die Jungen sagten am deutlichsten Nein zum CO₂-Gesetz. **Seite 5**

«Der Triumph der grossen Geldgeber»: Die Analyse von Rudolf Strahm. **Seite 10**

Den SBB fehlen nach dem Nein 30 einkalkulierte Millionen. **Seite 11**

Die späte Genugtuung des Christian Wasserfallen. **Seite 15**

Die Berner Klimajugendlichen prüfen nun den zivilen Ungehorsam. **Seite 17**

Heute im «Bund»

Warten in Grossbritannien

Lockierungen Premierminister Boris Johnson muss die geplanten Erleichterungen verschieben. Das «indische Corona» ist nicht unter Kontrolle. **Seite 7**

Schauprozess gegen Suu Kyi

Burma Die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi bekommt noch einmal in aller Härte die Macht der burmesischen Generäle zu spüren. **Seite 9**

Aus den reichen Ländern

Meeresverschmutzung Verpackungsmaterial belastet die Meere. Forscher haben nun eruiert, woher der Müll hauptsächlich kommt. **Seite 27**

Neues von der Mundartbühne

Theater Von «Die Physiker» bis Beziehungskisten: Das Theater Matte gibt sein Saisonprogramm bekannt — und eine Rochade in der Leitung. **Seite 28**

Service

Börse	18	Kino	24
TV/Radio	20	Berner Kultur	24
Leserbriefe	21	Todesanzeigen	26
Wetter	21		

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Web: derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch

Verlag Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11

Inserate Goldbach Publishing AG, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Mail: inserate@derbund.ch

Abonnemente Tel. 0844 385 144 (Lokalrat), Mail: abo@derbund.ch



Eine Stadt in Lila



Frauenstreiktag Über 10'000 Frauen sind gestern durch die Gassen Berns marschiert und haben unter anderem für gleiche Löhne, höhere Renten und bessere Bedingungen bei der Betreuungsarbeit demonstriert. Die Stadt war ganz in Lila getaucht. (bd) **Seite 17** Foto: Raphael Moser

Immer mehr Kantone mit Mindestlöhnen

Arbeitsmarkt Vor sieben Jahren lehnte die Schweiz eine Vorlage für einen nationalen Mindestlohn deutlich ab. Mittlerweile kennen aber bereits fünf Kantone minimale Ansätze für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zuletzt — nach dem Umengang vom Wochenende — der Kanton Basel-Stadt, in dem künftig niemand mehr für unter 21 Franken pro Stunde arbeiten muss. Folgen nun weitere Kantone? (bd) **Seite 11**

Keine Standpauke für Neuhaus

Kanton Bern Der Grosse Rat sieht beim Amt für Grundstücke und Gebäude dringenden Handlungsbedarf. Ein Bericht der Geschäftsprüfungscommission zu den Führungsmängeln und Kontrolldefiziten wurde einstimmig verabschiedet. Das in der Baudirektion angesiedelte Amt betreut mehr als 2000 Immobilien, die dem Kanton Bern gehören. Das Parlament verzichtete aber auf Schuldzuweisungen. Man wolle kein Bashing betreiben, sondern das Amt sta-

bilisieren, hiess es etwa. Der zuständige Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) versicherte, das Amt sei auf dem Weg der Besserung. So ist etwa eine Aufstockung der personellen Ressourcen geplant. Auch die vom Parlament seit längerem geforderte Priorisierung der Investitionen sei in die Wege geleitet. Neuhaus zeigte sich überzeugt, mit der neuen Amtsführung den Turnaround zu schaffen. (waf) **Seite 19, Kommentar oben**

Kommentar

Neuhaus-Amt: Versagt haben Linke wie Rechte

Dieser Schuss ging gewaltig nach hinten los: Die von einer — notabene — linken Regierung durchgeführte Verschärfung des kantonalen Amts für Gebäude und Grundstücke sollte zu Einsparungen in Millionenhöhe führen. Doch die Sparübung endete im Desaster: Statt Steuergelder gespart hat der Kanton Bern in den letzten Jahren Dutzende Millionen Franken zu viel ausgegeben.

Das Geld floss mehrheitlich in die Taschen privater Unternehmen. Denn die personelle Unterdimensionierung im reorganisierten Amt führte dazu, dass immer mehr Aufgaben an teure Externe vergeben wurden. Während die Zahl der Angestellten kontinuierlich zurückging, stieg der Arbeitsaufwand. Gleichzeitig bestellte der Kanton beim Immobilienamt immer grössere und komplexere Projekte. Beim Kader war die Fluktuation teilweise ausser Kontrolle. Wegen Personalmangels wurde vereinzelt sogar die Betreuung von Immobilienportfolios «outgesourct». Nun sind Auslagerungen nicht grundsätzlich etwas Schlechtes. Gerade im IT- oder Baubereich können private Unternehmen manche Aufgaben effizienter erledigen als die träge Verwaltung. Dazu zwingt sie der Wettbewerb. Auf was der Staat hingegen nicht verzichten kann, ist eine strenge Kontrolle der bestellten Leistungen.

Dafür braucht es kompetentes Kaderpersonal, das ein Grossprojekt wie einen neuen Fachhochschul-Campus, ein neues Gefängnis oder Verwaltungsgebäude über Jahre begleiten kann. Sonst laufen die Kosten aus dem Ruder. Diesen «Braindrain» hätten die verantwortlichen Regierungsräte schon vor Jahren stoppen müssen. Zur katastrophalen Personalpolitik gesellen sich strukturelle und personelle Probleme: Chefs, die ihre Angestellten massregeln statt motivieren, ein unklarer politischer Auftrag, eine verschlafene Digitalisierung. Auch hier hat die Politik zu lange nichts unternommen.

Es ist bezeichnend, dass die Parteien kein Interesse an einer «Vergangenheitsbewältigung» bekunden. Versagt haben nämlich Linke wie Rechte: Der Spardruck kam vom bürgerlich dominierten Grossrat. Und umgesetzt hat ihn eine links-grüne Regierung.

Andres Marti
Redaktor Ressort Bern

Staatsanwälte prüfen umstrittene Verhaftung

Berner Polizei Drei Tage nach der aus dem Ruder gelaufenen Verhaftung eines jungen Mannes bei der Berner Heilgeistkirche liegt der Fall bereits bei der Staatsanwaltschaft. Sie muss nun prüfen, ob eine Untersuchung eröffnet wird. Zwischen dem kantonalen Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) und seinem Polizeikommandanten Stefan Blättler kam es derweil zu einem «Informationsaustausch». (db) **Seite 19**

Neuhaus soll den Turnaround schaffen

Krisenamt auf dem Weg der Besserung? Der Grosse Rat verzichtet auf ein «Bashing»: Er erwartet aber, dass Regierungsrat Christoph Neuhaus beim Amt für Gebäude und Grundstücke Führungskraft beweist.

Simon Wälti

Schulduzuweisungen und Vergangenheitsbewältigung: Das bringt nicht mehr viel. Das war die einhellige Meinung der Parteien im Grossen Rat zum Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG), das in den letzten Jahren für viele negative Schlagzeilen gesorgt hatte. Stattdessen gelte es, den Blick in die Zukunft zu richten. Damit verbunden war aber die klare Erwartung an die Baudirektion und den politisch verantwortlichen Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP), dem Missmanagement ein Ende zu setzen und das Amt in geordnete Bahnen zu lenken.

Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates (GPK) hatte sich unter der Leitung von Peter Siegenthaler (SP) eingehend mit den Problemen im Amt befasst und dabei in einem im Mai veröffentlichten Bericht Klartext gesprochen und die zahlreichen Mängel etwa beim Personal oder beim Immobilienmanagement benannt.

Lange Krankengeschichte

«Es soll nicht ein zusätzliches Bashing des Amtes sein, sondern ein Versuch, das Amt zu stabilisieren», sagte Siegenthaler in der Debatte des Grossen Rates am Montagmorgen. Die Probleme begannen schon Jahre vor dem Wechsel von Christoph Neuhaus in die Baudirektion im Sommer 2018. Seine Vorgängerin war Barbara Egger (SP). «Es rückt sich, die Zustände so lange schleifen zu lassen, bis das Fass überläuft», sagte Siegenthaler. Gegenüber den Kontrollorganen habe man diese Zustände zudem «schöngeordnet».

Das Parlament verzichtete auf einen Schlagabtausch und nahm den Bericht einstimmig zur Kenntnis, ohne Nein-Stimmen oder Enthaltungen. Handlungsbedarf besteht nach Überzeugung des Parlaments insbesondere in personeller Hinsicht. Die Anzahl der Mitarbeitenden sei in den letzten Jahren gesunken, obwohl die Zahl der komplexen



Regierungsrat Christoph Neuhaus muss in einem Jahr Bericht über die Situation im Amt für Grundstücke und Gebäude erstatten. Foto: Nicole Philipp

Grossprojekte deutlich zugenommen habe.

Das Amt kam in den letzten Jahren mehrmals auf den Radar der politischen Kontrollinstanzen. Direkter Auslöser war aber der Eklat bei der Planung des neuen Campus für die Berner Fachhochschule in Biel im Jahr 2019. Solche Debakel soll es in Zukunft nicht mehr geben.

Geringere Fluktuation

Baudirektor Christoph Neuhaus (SVP) sagte, das Amt befinde sich in einer besseren Position als noch im letzten Jahr; man gehe die Probleme gezielt an. «Die richtigen Weichen sind gestellt, wir werden den Turnaround schaffen.» Neuhaus verwies auf den neuen Amtsleiter Lorenz

Held sowie neu eingestellte Kadermitarbeiter mit ausgewiesenen Kompetenzen.

Die Fluktuation habe sich beruhigt, und bereits im letzten Jahr sei ein Projekt zur Optimierung gestartet worden. Man überprüfe auch die Flächenstandards. Unter anderem sei es gelungen, die Datengrundlage der betreuten Immobilien zu verbessern. Diese Grundlage ist wichtig, um eine effiziente Bewirtschaftung zu ermöglichen. Das Amt hat über 2000 Objekte in seinem Portfolio.

Ein wichtiger Faktor für die Probleme waren die fehlenden personellen Ressourcen. Das Amt war, verglichen mit anderen Kantonen, unterdotiert. Eine Aufstockung sei nun bewilligt, sagte

Neuhaus. In einem Bericht von Wüest Partner war etwa die Rede von mangelnder Führung und wenig Veränderungsbereitschaft. Auch fehle es am wertschätzenden Klima. «Es braucht jedoch Zeit, um die Unternehmenskultur zu ändern.»

Zahlreiche Ansprüche

Neuhaus machte zudem einen Vorbehalt: Die Nutzer – also andere Direktionen und Verwaltungszweige – hätten hohe Ansprüche, die vieles komplizierter und teurer machten.

Schon mehrmals hatte der Grosse Rat verlangt, dass die zahlreichen Projekte des Kantons priorisiert werden müssten. Ein schwieriger Prozess, weil dadurch wichtige Bauvorhaben

einzelner Direktionen nach hinten geschoben werden. Eine Lösung scheint nun gefunden. Man habe die Priorisierung hinbekommen, sagte Neuhaus. Im Detail wird der Regierungsrat aber erst Ende Monat informieren.

Mit dem Bericht wurden zehn Empfehlungen verabschiedet. Diese dürften nun nicht in der Schublade verstauben, mahnte Martin Egger (GLP). Der Regierungsrat solle sie zügig angehen, forderte auch Stefan Bänz Müller (SP). Der Grosse Rat will die Zügel nach diesen mahnenden Worten nicht wieder schleifen lassen. Im Sommer 2022 soll der Regierungsrat Rechenschaft ablegen und Bericht erstatten, wie er die Empfehlungen umgesetzt hat.

Nachrichten

Reto Nause verzichtet auf Kandidatur

Kohlwende Der Stadtberner Mitte-Gemeinderat Reto Nause hat gestern seinen Verzicht auf eine Kandidatur für die Regierungsratswahlen im kommenden Frühling bekannt gegeben. Stattdessen strebt Nause 2023 eine Rückkehr aufs nationale Politikparkett an. Dann will er für den Nationalrat kandidieren. Nause begründete seinen Rückzug unter anderem mit dem Nein des Schweizer Volks zum CO₂-Gesetz vom Sonntag. Er will seine ganze Erfahrung einbringen, um die klimapolitischen Kernanliegen trotz aller Widrigkeiten weiter voranzubringen. (sda)

Kanton Bern: 40'000 neue Impftermine

Impfstofflieferung Im Kanton Bern gibt es seit gestern 40'000 neue Corona-Impftermine. Dies, nachdem am Wochenende eine Impfstofflieferung eingetroffen ist. Weitere 10'000 Ersttermine sind in den Arztpraxen direkt buchbar. In den Apotheken stehen nochmals 3500 Impftermine zur Verfügung. Eine weitere Lieferung des Moderna-Impfstoffs in ähnlichem Umfang erwartet der Kanton bereits in einer Woche wieder. Zur Impfung zugelassen sind derzeit im Kanton Bern alle Personen ab 16 Jahren. (sda)

Kanton testet Versand von Covid-Zertifikaten

Pilotversand Der Kanton Bern testete in der Nacht auf heute zusammen mit dem Bund die Erstellung und den Versand von gedruckten Covid-Zertifikaten. Die Papierzertifikate sind für Personen bestimmt, die sich nicht auf elektronischem Weg für die Impfung registrieren haben. In einem Pilotversuch werden einige Hundert Personen, die bereits zweimal geimpft sind, ihr gültiges Zertifikat erhalten. Die Zertifikate werden in ein bis zwei Tagen per Post eintreffen. Nach Abschluss dieses Pilotversands geht die vom Bundesamt für Informationstechnologien entwickelte Applikation in den Normalbetrieb über. (sda)

Tunnelbohrarbeiten unter Monbijoustrasse

Sanierung Im Rahmen der Sanierung der Monbijoustrasse sind gestern Tunnelbohrarbeiten für eine neue Abwasserleitung gestartet. Der Vortrieb erfolgt im Microtunneling-System, ohne dass ein Graben aufgerissen werden muss. Stattdessen frisst sich eine Vortriebsmaschine acht Meter unter der Strassenoberfläche durch den Untergrund. An ihrer Spitze dreht sich ein Bohrkopf, der den Tunnel ausbricht. Bis Ende Juli werden die Bauverantwortlichen den Startschacht an der Monbijoustrasse mit dem Zielschacht beim Scheuerstrasse verbinden. Anschliessend gehen die Arbeiten weiter Richtung Süden zum Zielschacht an der Morillonstrasse. Die Gesamtkosten betragen knapp 30 Millionen Franken. (sda)

67 neue Fälle übers Wochenende

Corona Im Kanton Bern wurden seit Freitagmorgen 67 neue Fälle durch die Labore bestätigt. Todesfälle hat es keine gegeben. Von Sonntag auf Montag wurden 346 Tests durchgeführt, unter denen 3 positiv ausfielen. (mck)

Der Fall ist bereits bei der Staatsanwaltschaft

Knie auf dem Hals Der Einsatz vom Freitag wurde auf höchster Ebene besprochen. Die Polizei ist lernwillig.

Die bernische Staatsanwaltschaft befasst sich mit dem umstrittenen Polizeieinsatz vom Freitag. Dies bestätigte Sicherheitsdirektor Philippe Müller am Montag. Er habe sich am Samstag mit dem Kommandanten der Kantonspolizei Bern, Stefan Blättler, ausgetauscht.

Inzwischen sei der Fall der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis gebracht worden. Es liege nun an dieser zu beurteilen, wie es weitergehe, sagte Regierungsrat Müller. Zur Sache selber äussere er sich nicht.

Aktion lief aus dem Ruder

Auch der Stadtberner Sicherheitsdirektor Reto Nause ist über den Vorfall ins Bild gesetzt worden. Er habe Kenntnis vom erwähnten Einsatz, liess er am Montag auf Anfrage mitteilen; er habe sich die Vorkommnisse «im

Detail schildern lassen». Weiter nehme er keine Stellung dazu.

Am frühen Freitagmorgen war es auf dem Platz zwischen der Helligkeitskirche und dem Berner Bahnhof zu einem Zwischenfall gekommen. Ein Polizist und eine Polizistin wollten einen jungen Mann kontrollieren. Die Aktion lief aus dem Ruder; der Mann musste mit unsanften Mitteln überwältigt werden. Er wurde dabei verletzt und am Ende in einen Polizeiwagen gestossen. Bei der Aktion hat sich auch der Polizist an der Hand verletzt, wie es später hiess.

Die Polizeiaktion war von einer Gruppe Journalistinnen und Journalisten, die sich zufälligerweise genau dort befanden, aus allernähester Nähe beobachtet worden. Aus ihrer Sicht erfolgte der Umgang der Polizei mit dem Mann teilweise ohne

jede Rücksicht. Zwischenzeitlich war der Mann am Boden fixiert worden, indem der Polizist ihm das Knie auf Hals und Gesicht legte.

Proaktives Vorgehen

Die Kantonspolizei Bern bestätigte am Montagmorgen ihrerseits, dass ein Bericht zu diesem Vorfall an die Staatsanwaltschaft zur Beurteilung gegangen ist. Dies sei proaktiv erfolgt, schreibt die Polizei.

Der Grund: «Wir wollen, dass unsere Polizistinnen und Polizisten korrekt handeln. Wir wollen aber auch, dass sie sich darauf verlassen können, welches Handeln korrekt ist.» Es sei nun an der Staatsanwaltschaft, allfällige weitere Schritte einzuleiten.

Losgelöst davon werde die Kantonspolizei die Anhaltung

vom Freitag, beziehungsweise die Erkenntnisse daraus, in Aus- und Weiterbildungen einfließen lassen, «wie dies bei uns gängige Praxis ist». Die korrekte Anwendung der Techniken diene auch der Sicherheit der Einsatzkräfte bei der Erfüllung ihres Auftrags, heisst es weiter.

Ziel sei es, dass die Polizistinnen und Polizisten «in den wenigen Sekunden und Sekundenbruchteilen, die ihnen im Einsatz zur Verfügung stehen, intuitiv die richtige Entscheidung zur Sicherheit aller treffen».

Weiter bezieht sich die Polizei auf eine Zuschrift eines Mediziners, die nach dem Erscheinen des «Bund»-Artikels am Samstag sowohl an die Polizei als auch an die Redaktion ging. Darin steht, der Polizist, der den Mann überwältigte, hätte sich neben dem Festgehaltenen und

nicht oberhalb desselben positionieren sollen. «Ein unbeabsichtigtes Abgleiten des Knies vom Schultergürtel auf den Hals kann damit besser verhindert werden.»

Abwischen vermeiden

Auch bei der Kantonspolizei sei man der Ansicht, dass das Risiko eines Abrutschens des Knies so tief wie möglich gehalten werden solle, heisst es in der Stellungnahme. Gerade im Falle einer sich wendenden und windenden Person könne ein solches Abrutschen passieren. Bereits heute werde die Technik so geschult und geübt, dass die Fixierung, beziehungsweise der Druck mit dem Knie, auf dem Schulterbereich zu erfolgen habe.

Dölf Barben

BZ BERNER ZEITUNG

BZBERNERZEITUNG.CH



Ein Zufall führte zu Wagners Engagement

YB Gestern stellte sich der neue YB-Trainer David Wagner im Wankdorf vor. Der Deutsche, eigentlich eine Nummer zu gross, will bei YB seine Karriere neu lancieren. **Seite 15**

Ein Kind und vier Erwachsene sterben

Graubünden Bei der Bergung eines abgestürzten Flugzeugs entdeckt die Polizei ein zweites Flugzeug. Ein Zusammenhang der Abstürze ist nicht ausgeschlossen. **Seite 28**

So studiert man in Seoul

Sehnsuchtsorte Die Bernerin Kamilia Abdul Aziz erzählt vom Studentinnenleben in Südkorea. **Seite 22**



AZ Bern, Nr. 136 | Preis: CHF 4,60 (inkl. 2,5% MwSt.)

AUSGABE STADT + REGION BERN

Heute 13°/28°
Meistens scheint die Sonne, über den Bergen entstehen harmlose Quellwolken.

Morgen 14°/29°
Die Sonne scheint oft und kräftig, es wird nochmals eine Spur wärmer.

Seite 23

Heute

Die Fambau zieht vor Verwaltungsgericht

Stadt Bern Der Statthalter hatte der Fambau erlaubt, eines ihrer Häuser im Tscharnegut durch einen Neubau zu ersetzen. Der Kanton korrigierte das Urteil – jetzt ruft die Fambau das Verwaltungsgericht an. **Seite 7**

Fahrende dürfen bis 4. Juli bleiben

Grosshöchstetten Ein Gruppe Fahrer mit rund einem Dutzend Gespanne hat sich am Montagvormittag auf einem frisch gemähten Feld niedergelassen. Dort darf sie drei Wochen bleiben. **Seite 6**

Mindestlöhne sind auf dem Vormarsch

Arbeitsrecht Am Wochenende sagte Basel-Stadt als fünfter Kanton Ja zu einem Mindestlohn. Ist das nun der Anfang von flächendeckenden Mindestlöhnen? **Seite 21**

Essensverpackungen verschmutzen die Meere

Plastik im Wasser 925 Millionen Abfallteilen gelangen jedes Jahr aus europäischen Flüssen in die Meere. Gemäss einer Studie stammen diese grösstenteils von Essensverpackungen. **Seite 23**

Was Sie wo finden

Unterhaltung	24
Forum	25
Agenda	26
Kinos	26
TV/Radio	27

Anzeigen

Mietmarkt	6
Todesanzeigen	8

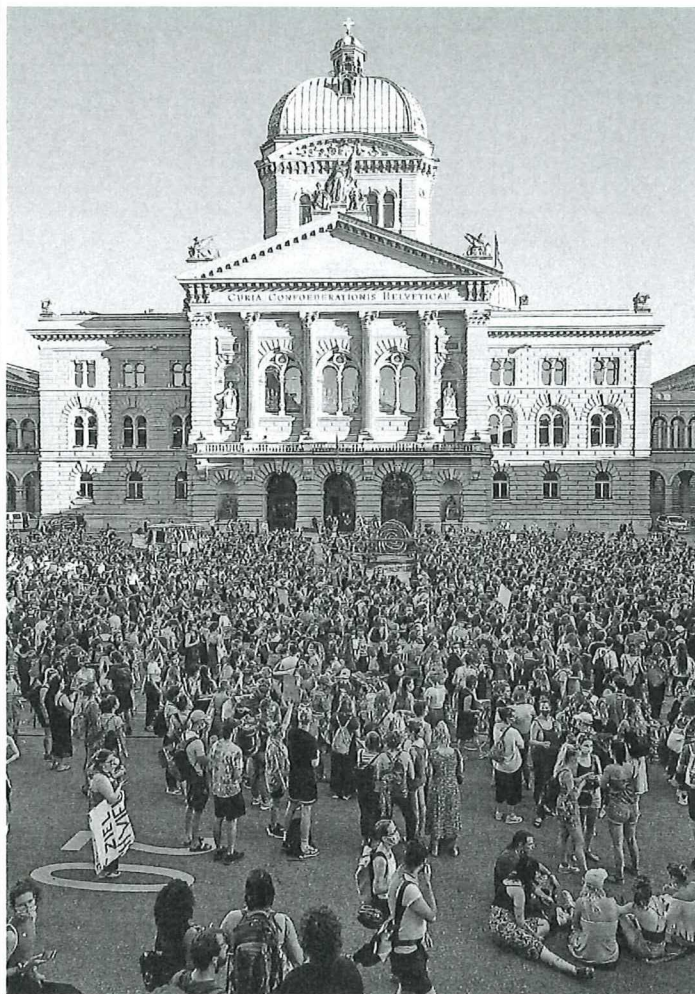
Wie Sie uns erreichen

Zentrale Bern	031 330 31 11
Abc-Service	0844 844 466 (Lokalstar)
Redaktionen	
Burgdorf	034 409 34 34
Bern	031 330 33 33
Redaktion E-Mail	redaktion@bernerzeitung.ch
Anzeigen	031 330 33 10

BZ BERNER ZEITUNG



Und die Frauen kamen zu Tausenden



Frauenstreik 2021 Obwohl die Organisatorinnen der diesjährigen Demonstration für Frauenrechte bis vor wenigen Tagen wegen Corona nicht mobilisieren konnten, gipfelte der gestrige Frauenstreik erfolgreich auf dem Bundesplatz. Zugewandert waren primär junge Frauen, doch auch ältere Damen wehrten sich unter «Grossmütterrevolution» gegen das höhere Rentenalter. (cla) **Seite 2** Foto: Raphael Mörser

Reto Nause will doch nicht in die Kantonsregierung

Kantonsrathswahlen 2022 Der Stadtberner Sicherheits- und Umweltdirektor Reto Nause (Die Mitte) hat übers Wochenende seine berufliche Zukunft sortiert. Am Montagmorgen teilte er mit, dass er doch nicht für den frei werdenden Sitz von Regierungsrätin Beatrice Simon kandidiere. Nause führt das auf die Ablehnung des CO₂-Gesetzes zurück, die zu einer Planungsunsicherheit führe. Er könne nun «als städtischer Energiekapitän das Schiff nicht vorzeitig im Sturm verlassen». **Seite 3**

Die Regierungsrathswahlen finden schon im nächsten März statt. Nause ist aber noch bis Ende 2024 gewählt, dann muss er wegen Amtszeitbeschränkung als Gemeinderat abtreten.

In der Partei Die Mitte wird aber auch vermutet, Nause trete nicht an, weil er als früheres Mitglied der kleinen Juniorpartnerin CVP von der einstigen BDP-Basis kaum gewählt worden wäre. Nause überlegt sich nun, 2023 für den Nationalrat zu kandidieren. (svb)

Start des Jugendclubs verzögert sich weiter

Stadt Bern Die Pläne der Stadt Bern, eine Ausgahemöglichkeit für Personen ab 16 Jahren zu schaffen, haben einen weiteren Dämpfer erlitten. Die vorgesehenen Räumlichkeiten auf der Grossen Schanze bleiben länger blockiert als vorgesehen. Dies, weil die aktuelle Mieterin, die Passion Club GmbH, sich hartnäckig weigert auszuscheiden. Der Start des Jugendclubs verzögert sich dadurch bis Herbst 2022. Ende September letzten Jahres wäre der Mietvertrag mit dem Passion Club ausgelaufen, doch die Betreiber beantragten eine Mieterstreckung. Nach zähen Verhandlungen gab die Besitzerin des Lokals, die Grosse Schanze AG, klein bei und ging auf das Mieterstreckungsgesuch ein, denn ein rechtliches Verfahren hätte die Angelegenheit noch deutlich weiter in die Länge gezogen. Einst war der Jugendclub an der Nägelgasse geplant. Wegen zahlreicher Einsprachen von Anwohnern wurde aber davon abgesehen. (mib) **Seite 5**

FDP steht vor ungewisser Zukunft

Parteipräsidentium Der Freisinn steht zurzeit als offen zerstrittene Truppe da.

Keine 24 Stunden nach der monumentalen Niederlage bei der Abstimmung über das CO₂-Gesetz gab Petra Gössi gestern Mittag ihren Rücktritt als FDP-Präsidentin bekannt.

Mit dem Volks-Nein zu dem Gesetz, für das sie sich engagiert und exponiert hatte, soll ihr Rücktritt aber rein gar nichts zu tun haben: «Ich will mich vermehrt auf meine berufliche Karriere konzentrieren.» Das habe sie schon vor ein paar Wochen entschieden und ihrem engsten Umfeld auch so kommuniziert.

Trotzdem: Das FDP-Präsidium war ein Verschleissjob für Gössi. Das Bundeshaus und ihre eigene Fraktion sind ihr etwas fremd geblieben.

Machtpolitik, wie sie andere Parteichefs in Bern exzessiv be-

treiben, war nie ihre Sache. Ernüchtert musste sie zudem feststellen, dass mit der Wahl zur Präsidentin plötzlich ihr Geschlecht eine Rolle spielte. Das sei früher nie der Fall gewesen, sagte sie einst.

Parteiinternen Gegenwind löste Petra Gössi Anfang 2019 aus, als sie der FDP in der Klimapolitik einen radikalen Kurswechsel verpasste und im Hinblick auf das CO₂-Gesetz das grüne Erbe des Freisinns hervorstrich. Obwohl sich die Delegierten und eine Mehrheit der Basis für den neuen Kurs aussprachen, riss die oft harte Kritik innerhalb der Partei nie mehr ab. Wer auch immer Petra Gössi im FDP-Präsidium folgt: Die Zerrissenheit der Partei in der Klimapolitik wird eine immense Herausforderung sein. (rcd) **Seite 10+11**

Staatsanwaltschaft untersucht Polizeieinsatz

Festnahme in Bern Bei einer Festnahme am Freitagmorgen in Bern hatte ein Polizist einem am Boden liegenden Mann das Knie auf den Hals gelegt. Nun wird die gewaltsame Festnahme von der Staatsanwaltschaft untersucht. Dies wurde auf höchster Ebene beschlossen.

So hatten sich doch der kantonale Sicherheitsdirektor Philippe Müller und der Kommandant der Kantonspolizei, Stefan Blättler, am Wochenende wegen des Vorfalls kurzgeschlossen. Es

liege nun an der Staatsanwaltschaft, zu beurteilen, wie es in der Sache weitergehe, sagte Müller. Er selbst wollte sich nicht zum Fall äussern. Der Polizei will man ebenfalls die Resultate der Staatsanwaltschaft abwarten. Kapo-Mediensprecher Christoph Gnägi meint allerdings: «Die Anhaltung beziehungsweise die Erkenntnisse daraus werden wir in unsere Aus- und Weiterbildungen einfließen lassen, wie dies bei uns gängige Praxis ist.» (mib) **Seite 3**

Grosser Rat drängt Regierung zu Massnahmen

Kanton Bern Am Montag beschärfte sich das Parlament mit dem Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG), das derzeit in einer Krise steckt. Der Grosse Rat forderte den zuständigen Baudirektor Christoph Neuhaus dabei auf, entsprechende Massnahmen einzuleiten. Der SVP-Regierungsrat sieht das AGG seit seiner Amtsübernahme wieder auf Kurs und sieht die Schuld für die Misere vor allem bei seiner Vorgängerin, der Ex-Baudirektorin Barbara Egger. (qsc) **Seite 9**

Staatsanwaltschaft wird eingeschaltet

Umstrittene Festnahme in Bern Die gewaltsame Festnahme letzten Freitag beim Bahnhof Bern wird durch die Staatsanwaltschaft untersucht. Dies wurde auf höchster Ebene entschieden.

Michael Bucher

In Bern war es der Aufreger des Wochenendes – trotz der vielen Abstimmungen. Die Rede ist von der gewaltsamen Festnahme eines jungen Mannes durch die Kantonspolizei Bern am frühen Freitagmorgen beim Bahnhof Bern. Zufällig anwesende Journalistinnen und Journalisten der Zeitungen «Bund» und «Berliner Zeitung» beobachteten die Szene.

Insbesondere die Aufnahme eines ebenfalls anwesenden Fotografen der beiden Zeitungen sorgte für Empörung auf den Social-Media-Kanälen. Sie zeigt, wie ein Polizist sein Knie auf den Hals des am Boden liegenden Mannes legt. Die umstrittene Festnahmetechnik erinnert an den tragischen Tod des Afroamerikaners George Floyd, der vor einem Jahr eine internationale Protestwelle gegen Polizeigewalt auslöste.

Nause und Müller schweigen

Der rege diskutierte Vorfall hat am Wochenende auch die höchsten Stellen zum Handeln bewegt. So steckten am Samstag der kantonale Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) und der Kommandant der Kantonspolizei, Stefan Blättler, die Köpfe zusammen. Inzwischen sei der Fall der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis gebracht worden, schreibt Müller



Die heiss diskutierte Szene: Ein Polizist drückt am Freitagmorgen in Bern einem Festgenommenen sein Knie auf den Hals. Foto: Raphael Moser

am Montag auf Anfrage. Es liege nun an dieser, zu beurteilen, wie es in der Sache weitergehe. Zur Sache selber wollte sich Müller nicht äussern.

Auch der städtische Sicherheitsdirektor Reto Nause (Die Mitte) will keine Stellung beziehen. Er habe jedoch Kenntnis

vom besagten Polizeieinsatz und sich «die Vorkommnisse im Detail schildern lassen», hielt er auf Anfrage fest.

Ob ein Strafverfahren gegen den Polizisten eröffnet wird, ist vorerst unklar. Dass die Staatsanwaltschaft zügig mit dem Fall betraut wird, dürfte die

lautesten Kritiker vorerst etwas besänftigen. Doch dass es – wie in solchen Fällen vorgesehen – die Staatsanwaltschaft ist, welche einen Polizeieinsatz auf seine Rechtmässigkeit prüft, stösst bei Mitte-links-Parteien regelmässig auf Kritik. Die beiden sel-

ten zu stark miteinander verban-

delt, die Staatsanwaltschaft keine unabhängige Drittinstantz, so der Tenor.

Einmal mehr wurde diese Kritik laut, als etwa bei der Miss-Bern-Wahl 2014 ein friedlicher Sitzstreik aufgelöst wurde. Die Demonstrierenden blieben mehrere Stunden in Gewahrsam, einzelne mussten sich ausziehen. Auch DNA-Proben wurden zum Teil entnommen. Wegen der geballten Kritik beugte sich schliesslich die Staatsanwaltschaft über den Fall, kam allerdings zum Schluss, dass der Einsatz gerechtfertigt gewesen sei.

Polizei wartet ab

Und wie geht die Polizei intern mit dem umstrittenen Einsatz um? «Wir wollen, dass unsere Polizistinnen und Polizisten korrekt handeln», hält Kapo-Mediensprecher Christoph Gnägi fest. Man wolle aber auch, dass sich die Einsatzkräfte darauf verlassen könnten, welches Handeln korrekt sei. Deshalb sei entschieden worden, «proaktiv» einen Bericht zur Beurteilung an die Staatsanwaltschaft zu überweisen. Deren Antwort gelte es abzuwarten, ehe intern über das weitere Vorgehen entschieden werde.

Weiter meint Christoph Gnägi: «Die Anhaltung beziehungsweise die Erkenntnisse daraus werden wir in unsere Aus- und Weiterbildungen einfließen las-

sen, wie dies bei uns gängige Praxis ist.» Es würden regelmässige Erfahrungen aus dem Polizeialltag analysiert und daraus Lehren gezogen. Klar ist für die Polizei schon jetzt: Eine Fixierung mit dem Knie sei nicht auf dem Hals, sondern im Bereich der Schultern und/oder des Kopfes vorgesehen, teile sie bereits am Wochenende mit.

Bleibt die Frage, was passiert wäre, wenn nicht zufällig anwesende Journalisten den Vorfall publik gemacht hätten. Eine Untersuchung hätte es wohl nie gegeben. Auch wird der Festgenommene, der sich laut dem «Bund» bei der Festnahme am Boden eine blutende Wunde über dem Auge zuzog, wohl keine Anzeige einreichen. Laut der Kantonspolizei spricht der Mann nur Italienisch. Und: Weil er sich illegal in der Schweiz aufhalte, sei der Mann aufgrund fremdenpolizeilicher Massnahmen ins Regionalgefängnis übergeführt worden.

Dort erkundigten sich am Montag auch Leute des Vereins Medina nach dem Befinden des Mannes. Der Verein verteilt auf der Schützenmatte Essen an Bedürftige. Der Festgenommene sei dort regelmässig aufgegriffen, heisst es bei Medina. Man habe diesen auf den Bildern in den Medien wiedererkannt, wolle nun mit ihm in Kontakt treten und Unterstützung anbieten.

Reto Nause will lieber in den Nationalrat

Verzicht auf Regierungsratswahl Der Stadtberner Energiedirektor Reto Nause wird nicht zur Wahl um einen Regierungsratsitz antreten. Dafür liebäugelt er 2023 mit einem Nationalratsitz.

Der Stadtberner Gemeinderat Reto Nause (Die Mitte) ist am Montagmorgen immer noch ganz aufgeregt über das Nein zum CO₂-Gesetz. Und ja: Er ärgert sich auch über die Klimajugend, die gern in seiner Stadt demonstriert. Jedenfalls über jene Fraktion, die das Gesetz gemeinsam mit den Rechtsbürgerlichen ablehnte, weil es zu wenig weit gehe.

In der Stadt Bern seien zahlreiche energiepolitische Geschäfte in der Pipeline wie der Ausbau des Fernwärmenetzes oder ein Geospeicher. «Wir brauchen dafür sicheren rechtlichen Boden, das Nein vom Sonntag aber stiftet Chaos», sagt Nause. Als Gemeinderat für Sicherheit, Umwelt und Energie sei er nun gefordert und verzichte deshalb auf eine Kandidatur für die Regierungsratswahlen 2022, verkündet er am Montagmorgen per Communiqué. «Der städtische Energiekapitän darf das Schiff nicht im Sturm verlassen», betitelt er seine Erklärung. In dieser unklaren energiepolitischen Lage von Gaden bis Moutier Wahlkampf zu machen, gehe nicht, fügt er am Telefon an.

Nause ist seit diesem Jahr in seiner vierten und infolge Amtszeitbeschränkung letzten Legislatur als Gemeinderat. Der bald 50-jährige interessierte sich deshalb für den frei werdenden Sitz von Beatrice Simon. Er figurerte auch auf dem Dreiervor-

schlag der kantonalen Mitte-Partei. Zusammen mit der früheren BDP-Generalsekretärin Astrid Bärtschi sowie Grossrat und Kantonalpräsident Jan Gnägi.

«Wahlchancen begrenzt»

Hat Nauses Rückzug wirklich primär mit der Klimapolitik zu-

tun? Ihre Exponentinnen und Exponenten siedelt man eher im linken Parteispektrum an, und die Basis von Nauses Mitte-Partei hat am Sonntag zum Nein gegen das CO₂-Gesetz beigetragen. «Die frühere CVP hat eine lange umweltpolitische Geschichte», entgegnet Nause. Er

selbst sieht sich durchaus als Rollenmodell eines bürgerlichen Umweltpolitikers. Unter seiner Leitung sei Bern erneut mit dem Label «Energiedstadt Gold» ausgezeichnet worden.

In den Reihen der kantonalen Partei Die Mitte aber kursieren noch andere Erklärungen für Nauses Rückzug. «Er hat wohl erkannt, dass seine Wahlchancen begrenzt gewesen wären», vermutet der frühere BDP-Grossrat Dieter Widmer aus dem Oberaargau. Gut 90 Prozent der bernischen Mitte-Parteimitglieder kämen von der BDP, nur ein kleiner Teil von Nauses ehemaliger CVP, rechnet Widmer vor. Er bezweifelt, dass der Stadtpolitiker Nause von den Wählerinnen und Wählern der aus dem Land starker früheren BDP gekürt worden wäre.

Hinzu kommt, dass «Die Mitte» auch unter einem gewissen Druck steht, eine Frau als Kandidatin zu präsentieren. Die bürgerlichen Allianzpartner SVP und FDP treten nämlich mit drei bisherigen Männern an. Reto Nause hätte ein doppeltes Handicap gehabt: Er kommt von der Juniorpartnerin CVP, und er ist keine Frau.

Reagiert er mit seinem Rückzug auf diese schwierigen Vorzeichen? «Ich habe keine entsprechenden Signale der Partei bekommen», dementiert Nause. Das bestätigen auch Mitte-Parteipräsident Jan Gnägi sowie Nationalrat Lorenz Hess, der die

Findungskommission für ein Mitte-Regierungsmittglied präsidiert. Diskutiert habe man nur, was seine allfällige Wahl in die Kantonsregierung im März 2022 für den Mitte-Sitz in der Stadtregierung bedeuten würde, sagt Reto Nause.

Nause negiert auch die Vermutung, er hätte ein gemeinsames Ticket mit SVP-Kandidaten vermeiden wollen. «Klimapolitisch sind unsere Positionen weit auseinander, bei der Sicherheitspolitik aber nicht», sagt er. Überdies sei er vor 12 Jahren in der Stadt Bern auf einem bürgerlichen Ticket mit SVP und FDP gewählt worden. Nause dementiert auch, den Arbeitsaufwand eines Regierungsamts zu scheuen. Als Sicherheitsdirektor der Stadt Bern habe er insbesondere an Wochenenden, eine hohe und im Voraus nicht berechenbare Präsenz.

Gemeinderat bis 2024

Was macht der noch einige Jahre von der Pensionierung entfernte Nause beruflich, wenn er Ende 2024 abtreten muss? Er bekennt offen, dass er sich für eine Kandidatur bei den Nationalratswahlen von 2023 interessieren könnte. Erwerde sich sicher auch noch für eine andere Tätigkeit umschauen, aber dafür sei jetzt noch nicht der Zeitpunkt.

Die Mitte stellt im Kanton Bern mit den beiden früheren BDP-Politikern Lorenz Hess und Heinz Siegenthaler derzeit zwei

Nationalräte. Beide sagen, es sei noch offen, ob sie 2023 wieder antreten. Lorenz Hess würde Nauses Wahlchancen hoch einschätzen. «Er ist einer der wenigen national bekannten Stadtpolitiker», sagt er über den früheren Generalsekretär der nationalen CVP. Nause könnte dann möglicherweise der früheren TeleBärn-Moderatorin Michelle Renaud aus Trub vor der Sonne stehen, die 2023 ebenfalls antreten will.

Eine Frau oder ein Junger

Die kantonale Parteiversammlung der Mitte-Partei muss nun am 23. Juni entscheiden, ob sie Astrid Bärtschi (49) aus Ostermündigen oder Jan Gnägi (29) aus Aarberg für die Regierungswahlen nominiert. Weil man nun mit Beatrice Simon 12 Jahre lang eine Frau gestellt habe, sehe man sich nicht unbedingt genötigt, eine zu nominieren, sagt Lorenz Hess von der Findungskommission. Auch von den Allianzpartnern SVP und FDP gab es in dieser Hinsicht keinen Druck.

«Das Thema Frauenkandidatur ist in der Luft, aber mit Jan Gnägi würde auch die in der Regierung untervertretene Jugend berücksichtigt», sagt Hess. Für ihn ist klar, dass am 23. Juni zwei starke Kandidierende zur Verfügung stehen, «die sich nicht verstecken müssen».

Stefan von Bergen



Reto Nause, Stadtberner Energiedirektor, sortiert derzeit seine berufliche Zukunft.
Foto: BnM Matlys

Forum

BZ Kontakt

Redaktionshotline

031 330 33 33



Cosmea Dängeli und Mathias Götzel sind heute von 10 bis 12 und von 14 bis 16 Uhr für Sie am Telefon und freuen sich über Ihre Infos, Kritik und Anregungen.

Ausserdem erreichen Sie uns über:

Post:
BZ Berner Zeitung, Dammweg 9,
Postfach, 3001 Bern
Mail:
redaktion@bernerzeitung.ch
Abonnemente /
Ferienumleitung:
0844 844 466 (Lokalrat)

Witzkiste

Kennst du den?

Ich habe heute einen Joghurt fallen gelassen. Er war nicht mehr haltbar.
Ursula Leuenberger
Bümpliz

Abendlicher Ausflug



Leserbild Im warmen Licht der untergehenden Sonne dreht diese Möwe ihre Runden über dem Thunersee und hält Ausschau nach einem Abendessen.

Foto Marina Tschopp, Naters

Schicken Sie uns Ihre Fotos an redaktion@bernerzeitung.ch. In der Zeitung publizierte Bilder werden mit 50 Franken honoriert.

Leserbriefe

Ausgabe vom 14. Juni
Zu «Kontroverse um Polizeiaktion beim Bahnhof Bern»

Wo liegt das Problem?

Wieder einmal soll die Polizei zu hart eingegriffen haben. Wo liegt das Problem? Der Delinquent ist illegal in der Schweiz. Die Polizei will ihn anhalten und überprüfen, er wehrt sich und wird aggressiv. Die Polizisten müssen härter durchgreifen und sind wie üblich die Bösen. Der Belastete wird zum armen Opfer.
Martin Hug, Wynigen

Polizeiarbeit hat Anerkennung verdient

Einmal mehr wird einseitig über allfällige Verfehlungen der Gesetzeshüter berichtet. Geht wirklich jemand davon aus, dass sich die zur Kontrolle angehaltenen Personen, wie aufgefordert, ausgewiesen und sich in dieser Situation normal verhalten haben? Oder hat jemand bereits bei einer Fahrzeugkontrolle durch die Polizei Gewalt erlebt? Was im Strassenverkehr von allen Verkehrsteilnehmenden erwartet wird, gilt offensichtlich bei Personenkontrollen nicht. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Polizei ausschliesslich Gewalt anwendet (anwenden muss), wenn sich Personen renitent verhalten oder sich einer Kontrolle entziehen wollen. Die Polizeiarbeit erfolgt im Auftrag der Gesellschaft und zu unserer Sicherheit, und diese Arbeit hätte endlich auch einmal die Anerkennung durch die Medien verdient.
Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschanen

Polizisten vorverurteilt

Unabhängig davon, dass Gewalt nie die zu bevorzugende Lösungsmethode sein darf, muss der Polizei zugestanden werden, gegebenenfalls angemessen gehandelt zu haben.

Die Vorverurteilung, die unseren Gesetzeshütern permanent zugemutet wird, ist zu hinterfragen. Die Unschuldsumutung, welche unsere Presse jedem Verbrecher zuspricht, sollte doch wohl auch unserem Polizeicorps zugestanden werden. Müssen wir uns zudem wirklich Kommentare von befangenen Personen antun lassen? Insofern dürfte die Berichterstattung auch mal wieder einfach objektiv statt empört und destruktiv sein.
Onlinekommentar von Markus Bichsel

Ausgabe vom 11. Juni
Zu «Klimaanlagen bei 27 BLS-Zügen defekt»

Die BLS ist schon wieder nicht transparent

Dass «plötzlich» ganze 27 Züge einen Ausfall der Klimaanlage beziehungsweise von deren Stromversorgung aufweisen, lässt sogar den Laien den Kopf schütteln. Die von der BLS gelieferten Begründungen sind bestenfalls die halbe Wahrheit: Sie schreibt selber 2019, dass sämtliche Nina-Züge «modernisiert» und auf den neuesten Stand aufgerüstet wurden. Es braucht ziemlich viel Phantasie, sich vorzustellen, dass durch den letzten Winter plötzlich ein unerwartetes Unheil über die Fahrleitungen hereingebrochen ist, welches zum Ausfall der Stromversorgung der Klimaanlage geführt hat. Vielmehr muss ein wesentlicher äusserer Einfluss – wie zum Beispiel der Einsatz anderer Loks und Züge mit kritischer Rückspiegelung beim Bremsen – zu dieser Ausfall-Häufung und Kettenreaktion geführt haben. Elektrische Komponenten liegen nicht unvermittelt nach 30 Betriebsjahren reihenweise ab. Einmal mehr lässt die BLS Transparenz zu Verantwortlichkeiten vermissen.
Christian Eicher, Melchnau

Leserkommentare

«Städter offensichtlich bevorteilt»

Nein zum CO₂-Gesetz: Wie tief ist der Stadt-Land-Graben?

«Das CO₂-Gesetz zeigt einmal mehr: Der Stadt-Land-Graben wird immer tiefer.» Diese Aussage von Politgeograf Michael Hermann nach der Abstimmung sorgt in den Kommentarspalten für angeregte Diskussionen. Hier einige Meinungen unserer Leserinnen und Leser:

Politische Tiefkühltruhen

Mein Eindruck ist, dass Landregionen auf diesem Planeten gesellschaftspolitisch die reinsten Tiefkühltruhen sind: Alles einfrieren, konservieren und nichts ändern. Fortschritt, Änderungen, Bewegung kommen aus den Städten.

Onlinekommentar von Javier López

@Javier López: Genau! Bewegung mit dem SUV aufs Land, Änderungen mit immer mehr Wohnraumverbrauch durch grosse luxuriöse Wohnungen, Fortschritt durch Ressourcenverbrauch, weil immer mehr Elektronik und Import von exotischen Lebensmitteln und mehrmals Ferien pro Jahr. Wir Menschen auf dem Land und im Gebirge leben bewusster mit Umwelt, Natur und Tierwelt.
Onlinekommentar (gekürzt) von Maria Unterzeller

Ein Kulturkonflikt

Stadt-Land-Graben greift zu kurz und beschreibt nur das Symptom. In Wirklichkeit geht es um zwei Wertesysteme, die aufeinanderprallen: Kultursensibilismus versus Hyperkulturalismus. Während Ersterer in suburbanen und ruralen Gebieten vorherrscht und Werte hochhält wie Pflicht, Disziplin und Gemeinschaft, ist der Zweite in Städten verbreitet und vertritt individualistische

Werte wie Offenheit, Diversität und Ökologie. Kultursensibilisten spüren seit den 80er-Jahren zunehmend Druck von einer neuen hyperkulturellen Mittelklasse und gehen darum auf Barrikade. Verlustängste kreieren ein subjektives Gefühl, dass «alles den Bach runtergeht», «uns niemand mehr ernst nimmt», «früher alles besser war». Dieser Kulturkampf ist die Herausforderung unserer Zeit – nicht die Frage, ob jemand in der Stadt oder auf dem Land wohnt.
Onlinekommentar von Miguel de Santos

Landbewohner benachteiligt
Man braucht nicht von einem «Stadt-Land-Graben» zu reden, wenn eine Vorlage offensichtlich Städter bevorteilt und Landbewohner benachteiligt und daher auf dem Land abgelehnt wird. Der wahre Knall ist ein ganz anderer: Jahrelange mediale Berieselung, inklusive Hofberichterstattung zum Klimahit 2019 und satte politische Mehrheiten in Bundesbern konnten das CO₂-Gesetz nicht mehrheitsfähig machen. Wenn es einen Graben gibt, verläuft dieser zwischen

dem Establishment und der Realität der Leute.
Onlinekommentar von Elias Truttmann

Auto ist für viele wichtig
Ich bin aus der Stadt, trotzdem habe ich die Vorlage abgelehnt. Nicht weil ich gegen Klimaschutz wäre, sondern weil ich finde, die Vorlage war nicht ausgewogen genug und bevorteilte einzelne Bevölkerungsgruppen zu sehr. Auch in den Städten wurden keine Mehrheiten von mehr als 80 Prozent erzielt. Das 50/50-Ergebnis in der Agglomeration sollte Fingerzeig genug sein, dass es nicht nur auf dem Land viel Skepsis gab. Schon in der Agglo steht es um den ÖV nicht immer so gut. Von den ländlichen Gebieten ganz zu schweigen, viele sind da auf das Auto angewiesen. Will man so eine Abstimmung gewinnen, muss man besser auf die Anliegen der Agglo und der Landbevölkerung eingehen, und sollte sich bewusst sein, wie wichtig für viele das Auto ist.
Onlinekommentar (gekürzt) von Andre Meier

Das bringt doch nichts

Und jetzt ist es der Stadt-Land-Graben. Vor kurzem war es der Generationengraben. Erinnert sei an das Thema «leidende Jugend» infolge der Corona-Massnahmen. Ich bin kein Grüner, aber wir müssen uns zu Veränderung bekennen. Für die Zukunft unserer Folgegenerationen und uns selbst. Wenn sich Stadt- und Landbewohner nur gegenseitig Vorwürfe machen, wie wir es jetzt sehen, erreichen wir sowieso nichts.
Onlinekommentar (gekürzt) von Heinz Schuhmacher

Pinnwand

Zu verschenken

- 3 tlg. Spiegel von alter Kommode. 079 609 28 86
- Telefon für Festnetz mit speziell grossen Tasten, geeignet für Menschen mit Behinderung der Sehkraft. 079 549 19 41
- Elektro-Wok, gebraucht, muss abgeholt werden in Thun. SMS-Kontakt. 079 653 34 77
- Dia-Projektor, funktionstüchtig. 1 neue Ersatzbirne und gerade Schlitten. 079 424 71 53
- Stewi-Libelle. 3er- und 2er-Polstergruppe in blau, hat Gebrauchsspuren. Canon-Drucker MG 5550. Eckschreibtisch mit vielen Fächern. Tel ab 17:30 oder SMS. 079 816 36 19
- 6 Gartenstühle, Kunststoff, weiss, stapelbar in 3098, muss abgeholt werden. Anfragen per SMS. 078 815 77 23
- Schwertlilien, Zitronenlilien, Sedum (Fette Henne). 031 302 00 28
- Kokoshaarmatratze für Kinderbett, 140 / 70 cm. 079 457 88 51
- Gebundene Bücher Gottfried Keller, Goethe, Schiller, Gotthelf Hiller. 079 457 88 51
- Mini-Treibhaus aus Plastik. Ab 18 Uhr. 034 497 11 84
- Terrarium aus Holz mit Glaskästen, H. 200 / B. 114, T. 45, Zubehör: 2 Wärmelampen, Wärmestein, Grünpflanzen künstl., bitte nur SMS. 079 787 58 43
- Sonnenstore 5 x 3 m mit Handkurbel, abzuholen in Kiesen. 079 479 84 48
- Grosse (ca. 98 cm) Plüsch-Micky-Mouse, nur Abholung in Bern. 076 328 32 03
- Sense mit Wetzstein, neuwertig, Säriswil. 079 379 20 24
- Tessiner-Palme im Topf, ca. 175 cm, Fotos vorh., in Kirchberg, nur SMS. 079 456 18 39

Gratis gesucht

- Metall-Regenfass für Garten. 079 614 46 16
- Neues Damen-Golfset. 079 661 83 52
- Ein Tiefkühler, ca. 5 Schublade und darf nicht zu alt sein. 079 250 20 82
- Mädchenkleider Sommer, 128, 134. Stoffe, um Mädchenkindersachen zu nähen, Baumwolle. Blaue, kleine Vasen und Muscheln. 076 738 73 23
- Funktionsstüchtiger, kleiner Rasenmäher. 078 817 74 46
- Staubsaugerroboter. 079 823 80 97
- Blivackhülle und «Guetti Jagd» für Pfadlager. 078 817 72 87
- Panini-EM-Bilder. Nur SMS / Whatsapp. 078 883 88 84
- Dachrinne, ca. 4 m aus Metall mit Halterung. Gerne in der Stadt Bern. 077 405 94 00
- Ladegerät zu Braun-Oral-B-Zahnbürste. Bitte nur SMS. 077 434 21 45
- Spiele für 6- bis 99-Jährige, Thun. 079 633 96 75

Diverse

— Sänger und Sängerinnen für Chorkonzert (Schweizer Vokalmusik) am 18. September und 3. Oktober in Bern und Fribourg gesucht. Proben jeweils Montagabend in Bern. 078 767 04 97

Weitere Pinnwand-Inserate finden Sie auf unserer Website unter: bernerzeitung.ch/bzforum/pinnwand. Hier können auch Sie Ihre Beiträge abgeben. Was wir nicht publizieren, sind Verkauf- und Kontakt-Inserate. Zudem vermitteln wir keine Tiere.

Bern

Es geht um mehr als um die Knie-Szene

Analyse zum Berner Polizeieinsatz Die Festnahme in Bern vom 11. Juni erinnert an den Fall George Floyd. Dieser Vergleich ist jedoch verfehlt – obschon im Kern das gleiche Rechtsgut tangiert wird.

Dölf Barben

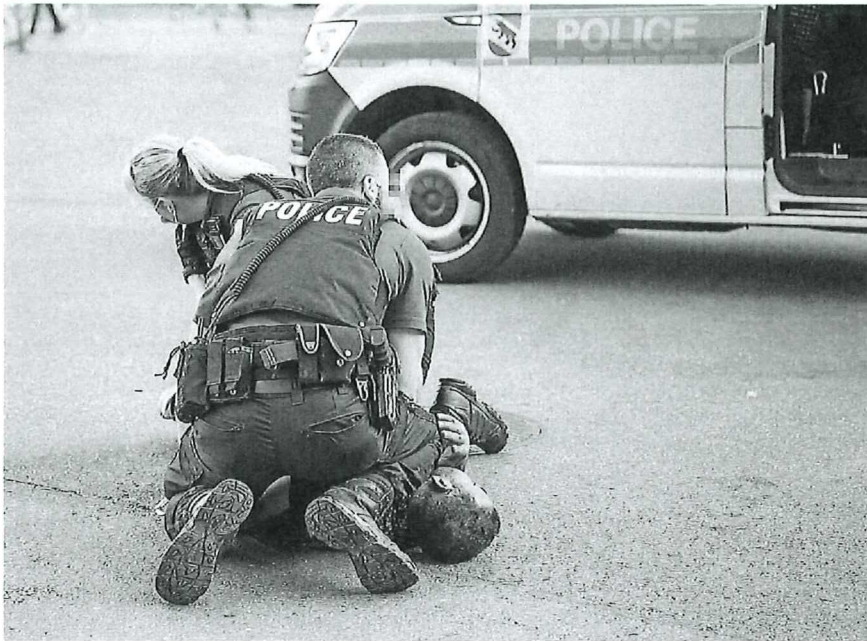
Der «Bund» hat vor einer Woche über die Verhaftung eines Nordafrikaners bei der Berner Heiliggeistkirche berichtet. Illustriert war der Artikel mit einem Bild, das einen Polizisten zeigt, der über dem am Boden liegenden Mann kauert; sein Knie liegt auf dessen Hals.

Der Beitrag wurde von zahlreichen Leserinnen und Lesern kommentiert. Auch andere Medien haben über die Aktion berichtet. Dabei zeigte sich, dass der Vorfall zunehmend auf diese Knie-Szene reduziert wird.

Die Aktion, wie sie sich abspielte und von einer Reihe von Journalistinnen und Journalisten aus nächster Nähe beobachtet wurde, und vor allem das veröffentlichte Bild erinnerten in der Tat und fast zwangsläufig an den Fall von George Floyd. Der Afroamerikaner war im Mai vorigen Jahres in Minneapolis von einem Polizisten getötet worden; der Beamte hatte sein Knie auf den Hals gepresst – Floyd bekam keine Luft mehr.

Doch trotz dieser optischen Parallele ist es unzulässig und weit verfehlt, die beiden Fälle in eine Reihe stellen oder gar verglichen zu wollen. Es sind ganz andere Dimensionen. Dort ging es um Leben und Tod in einer US-amerikanischen Grossstadt, wo unter den Polizisten Rassismus und eine hohe Gewaltbereitschaft weitverbreitet sind. Hier geht es um leichte Verletzungen und um ein Vorkommnis in einer schweizerischen Stadt, in der sich soziale Spannungen in engen Grenzen halten.

Der Polizist in Bern verwendete die umstrittene Methode, um



Am 11. Juni haben eine Polizistin und ein Polizist bei der Heiliggeistkirche in Bern einen Nordafrikaner verhaftet. Foto: Raphael Mosser

Das Beunruhigende ist die generelle Rücksichtslosigkeit, die beim Einsatz neben der Heiliggeistkirche zu beobachten war.

einen Mann zu überwäligen. Als das geschafft war, wurde dieser wieder auf die Beine gestellt. Ausserdem hat der Polizist mit seinem Knie nicht kontinuierlich Druck ausgeübt und vor allem nicht über eine sehr lange Zeit – ganz anders als sein Berufskollege in Minneapolis.

Und doch: Obschon der Massstab ein völlig anderer ist, steht im Kern ein und dasselbe Thema zur Diskussion – unverhältnismässige Polizeigewalt. Beim Einsatz bei der Heilig-

geistkirche wird dies ersichtlich, wenn das ganze Bild betrachtet wird. Und es ist dieses Gesamtbild – und keineswegs allein die Knie-Szene –, das den verstörenden Eindruck hinterlässt.

Ein Mann wird kontrolliert, weil er «aufgrund seines schwanken- den Ganges beinahe in eine Stange gelaufen wäre» (Zitat: Stellungnahme Polizei). Die Patrouille trifft ihn in einem «sehr schlechten gesundheitlichen Zustand an» (Zitat: Manuel Willi, Chef Regio-

nalpolizei Bern, in der Sendung «TalkTäglich» von «TeleBärn»). Und eine Viertelstunde später liegt dieser Mann in einem offensichtlich noch viel schlechteren gesundheitlichen Zustand auf dem Kabinenboden eines Polizeitransporters.

Das Beunruhigende ist die generelle Rücksichtslosigkeit, die beim Einsatz neben der Heiliggeistkirche zu beobachten war, die Bereitschaft, Verletzungen einer Person in Kauf zu nehmen. Dies traf insbesondere auf die Polizisten zu, die als

Verstärkung herbeieilten. Einer von ihnen war es, der den gefesselten Mann am Ende wie einen Sack in den Transporter bugsierte.

Und eigentlich ist es diese letzte sichtbare Szene, die zur schwierigsten Frage führt. Weshalb haben die Polizisten den Mann, als er unter Kontrolle und in ihrer Obhut war, nicht umsichtiger behandelt?

Polizistinnen und Polizisten üben einen schwierigen Beruf aus. Sie sind konfrontiert mit Situationen, die spannungsgeladen und für sie selber gefährlich sind. Sie sind körperlich und emotional involviert, wo andere aus sicherer Distanz beobachten und Urteile fällen können. Über weite Strecken kommen die hiesigen Polizeikräfte mit ihrer delikaten Rolle klar. In Bern gibt es Dialogteams. Deeskalation ist ein alter Slogan: Die Dauerkritik von Antifa und schwarzem Block ist überzogen.

Aber auch hier: Es gibt diesen Strang in der Berner Polizeigeschichte, der seit Jahrzehnten mit unschöner Regelmässigkeit sichtbar wird. Dann etwa, wenn ein unter Drogen stehender Mann auf einer Wache von zwei Polizisten erniedrigt wird – und eine Polizeipraktikantin als Zeugin aussagt. Oder wenn ein Polizist gegen eine bereits festgenommene Person tätlich wird und davon Videoaufnahmen existieren.

Wie gestern bekannt wurde, hat die Staatsanwaltschaft zum Fall bei der Heiliggeistkirche eine Untersuchung eröffnet. Es stehen schwerwiegende Fragen zur Debatte. Denn wer wie die Polizistinnen und Polizisten das Gewaltmonopol innehat, muss nicht nur für Sicherheit sorgen, sondern auch die Menschenwürde schützen.

Der verhaftete Nordafrikaner sitzt in Moutier im Gefängnis

In Ausschaffungshaft Der «Bund» hat den jungen Mann besucht, der jüngst bei der Berner Heiliggeistkirche festgenommen wurde.

Eine Woche ist es her, seit hinter der Heiliggeistkirche ein junger Mann von der Berner Kantonspolizei in teilweise brutal anmutender Weise verhaftet worden ist. Der «Bund» hat den Mann nun im kantonalen Ausschaffungsgefängnis in Moutier getroffen.

Von dort soll er gemäss Dublin-Abkommen nach Deutschland zurückgeführt werden, wo er ein hängiges Asylverfahren hat, wie Alexander Ott, Vorkseher der Berner Fremdenpolizei, sagt. Inzwischen hat die Berner Staatsanwaltschaft ein Verfahren eröffnet, um den Fall zu untersuchen. Deshalb ist möglich, dass sie A. E. für eine Zeugnisaussage etwas länger im Land behalten will. Sofern er nicht untertauche, könne er dazu aber auch in Deutschland aufgeboten werden, sagt Ott.

A. E. ist scheu und etwas unsicher, als er sich auf den zugewiesenen Stuhl setzt. Von der

Platzwunde über dem Auge ist eine feine rosarote Narbe übrig geblieben. An den Ellbogen, Knien und Händen hat er ebenfalls frische Narben und verhellende Schürfungen. Allerdings ist schwer zu beurteilen, was frisch und was älter ist. Schon den Polizisten, die ihn am Freitag vor einer Woche angehalten hatten, waren seine verletzten Arme aufgefallen.

Wie geht es ihm jetzt? Der 27-jährige Mann, der laut eigenen Angaben aus Marokko stammt (was jedoch nicht bestätigt ist), spricht flissend Italienisch, wenn auch nicht immer ganz deutlich. Er könne den Vorfall nicht vergessen, schlafe nicht gut und wache manchmal schreiend auf. «Ich habe grosse Angst vor der Polizei», A. E. wirkt niedergeschlagen. Wenn er aber von der Verhaftung erzählt, wird er lauter, gestikuliert mit den Händen und scheint emotional aufgewühlt.

Obwohl die Polizei mehrmals seinen schlechten Zustand – spricht: einen durch verschiedene Substanzen verursachten Rausch – als Grund für die Verhaftung angegeben hat, will A. E. sich gut daran erinnern können. Auf den Rausch angesprochen, nennt er «etwas Alkohol». Als ihn die Polizisten beim Bahnhof angehalten hätten, sei er zuversichtlich gewesen und habe ihnen seine Dokumente zeigen wollen, die er bei seinem Schlafplatz aufbewahrt habe. «Ich war ruhig, nicht böse», sagt A. E. In Bern habe er auf der Strasse gelebt.

Kooperation und Todesangst

Tatsächlich wirkte A. E. zu Beginn der Aktion kooperativ. Doch dann eskalierte die Situation. Laut Polizei leistete er passiven Widerstand, als ihm die Beamten Handschellen anlegen wollten. Weshalb also beendete er seine anfängliche Kooperation? «Ich habe die Polizisten gebeten,

mir die Handschellen vorne anzulegen», antwortet er. Denn er habe ein Rückenleiden.

Führte also ein Verständigungsproblem zur Eskalation? Die Polizisten sprachen kein Italienisch. Gemäss Manuel Willi, Chef der Regionalpolizei, gehört es zum Standardverfahren, Personen «zu Boden zu führen», wenn die Beamten entscheiden, dass eine «Arretierung» notwendig sei. Es folgte ein Kampf, an dessen Ende zwei Polizisten A. E. unter anderem mit einem Knie auf dem Hals am Boden festhielten. Im Nachhinein dreht sich vieles um die Frage, ob und wie fest der Polizist mit dem Knie auf den Hals drückte. A. E. sagt dazu: «Ich konnte nicht atmen. Ich dachte, ich sterbe.»

Doch damit endete die verstörende Szene nicht. Als A. E. gefesselt und wieder aufgerichtet war, führte ihn ein hinzugeleiteter dritter Polizist zum Kastenwagen. A. E. war unsicher auf den

Beinen, als ihn der Polizist in den Kastenwagen bugsierte. Die Polizei schrieb im Nachhinein, A. E. sei gefallen und dem Polizisten aus der Hand gerutscht.

Polizei widerspricht

Doch wer die Szene beobachtet hat, wertet dies eher als ein «Hineingeworfen werden». Auch A. E. verwendet das Wort «buttare», was so viel heisst wie «wegwerfen». Der Polizist habe ihn ins Auto geworfen, wo er, an Händen und Füssen gefesselt, auf dem Boden liegen geblieben sei. Danach sei das Auto so schnell und ruppig gefahren, dass er mehrmals den Kopf an den Innenwänden des Kastenwagens angeschlagen habe. Schliesslich hätten ihn die Polizisten wie einen Sack in die Wache geschleift. An das, was dort geschah, kann oder will er sich nicht erinnern. A. E. sagt, er sei ohnmächtig geworden und erst im Spital wieder aufgewacht.

Die Polizei widerspricht dieser Schilderung der Vorgänge im Auto und auf der Wache zumindest zum Teil. Die Fussfessel sei A. E. «erst aufgrund seines Verhaltens auf der Wache» angelegt worden. Auf der Fahrt und danach in der Wache habe sein Zustand «immer wieder zwischen sehr schläfrig (weggetreten) und aufbrausend, aggressiv und gewaltbereit» geschwankt. Im Spital habe er sediert werden müssen, um ihn medizinisch betreuen zu können.

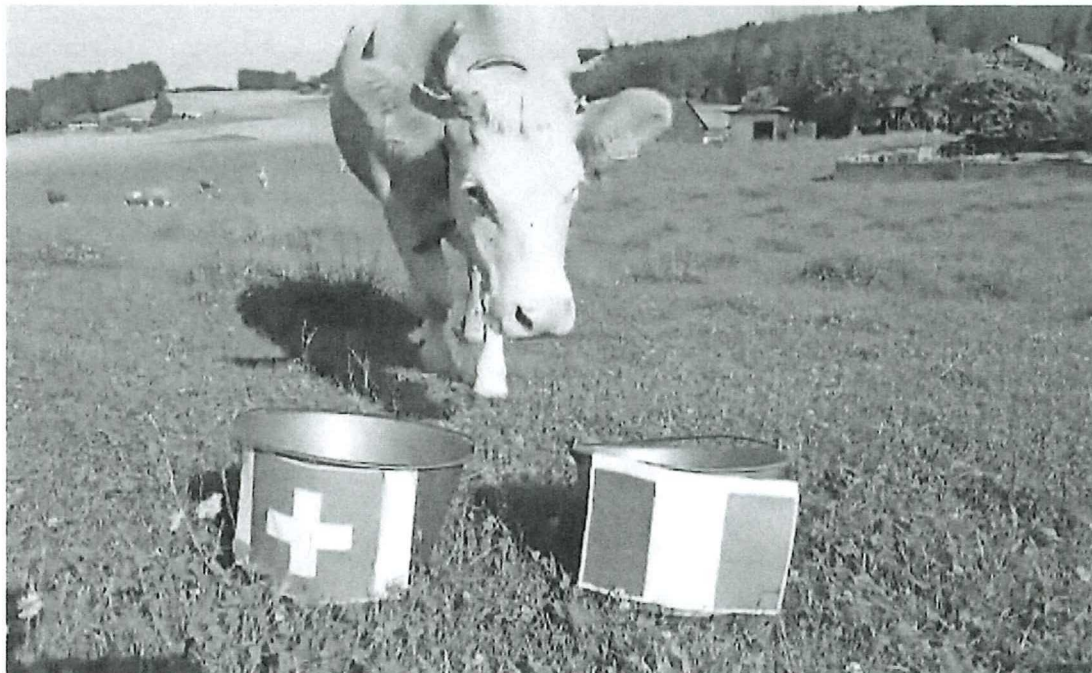
Für A. E. sind die Details unter Umständen gar nicht so relevant. Im Gespräch scheint ihm am meisten der Vertrauensverlust zu beschäftigen. «Ich bin in die Schweiz gekommen, um sicher zu sein.» Er habe hier ein Leben aufbauen wollen «mit einer Frau, Kindern, einem Hund und einem Haus». Doch nun sei er auch hier geschlagen worden.

Naomi Jones

Region

Kühe machen Karriere als Orakel

Fussball-Europameisterschaft Das «Kuhorakel» eines Bauern aus Ziegelried bei Schüpfen begeistert auf Twitter. Wenn die Kühe Krake Paul überflügeln wollen, müssen sie allerdings tipsicherer werden.



Kuh Berna tippte richtig: Sie wählte den Italien-Topf. Foto: Screen Twitter

Mirjam Comtesse

Kurz vor dem Spiel Schweiz - Italien durfte Berna an die Töpfe. Sie steuerte zielstrebig auf den Fressnapf zu, den eine italienische Flagge zierte. Sie schätzte die Situation perfekt ein: Die Schweiz ging gegen Italien 0:3 unter. Ihr Besitzer Christian Tüscher stichelte auf Twitter gegen die Schweizer Nati, Berna habe es nicht nötig, einen Coiffeur einzufügen, «da sie von Natur aus blonde Haare hat».

Das «Kuhorakel» des Bio-bauern in Ziegelried bei Schüpfen ist ein Erfolg. Das Video mit Berna beispielsweise wurde über

1100-mal angeklickt. Die bisher beliebteste Aufnahme war der Tipp zum EM-Auftakt Türkei - Italien am 11. Juni mit rund 6000 Klicks. Die relativ grosse Reichweite dürfte auch den originellen Sprüchen zu verdanken sein, mit denen Christian Tüscher seine Kühe einführt. Am ersten Tag schrieb er: «Auch unsere Kühe machen beim Tippspiel mit. Völlig unvoreingenommen, reines Bauchgefühl. Das Startspiel tippt Hanna, eine klassische Mittelfeld-Kuh.»

Seither hat er regelmässige Tipps seiner Kühe veröffentlicht. Zum Anlocken verwendete er «Getreidewürfel. Und zwar in beiden

«Das Startspiel tippt Hanna, eine klassische Mittelfeld-Kuh.»

Bauer Christian Tüscher veröffentlicht auf Twitter Kuh-Tipps.

Kesseln», schreibt er. Zwar ist die Bilanz eher durchgezogen: So hätte nach dem Fressnapf-Entscheid die Türkei gegen Italien gewinnen sollen und Deutschland gegen Frankreich. Bekanntlich kam es anders. Aber das ist geschenkt, das Zuschauen macht so oder so gute Laune.

Das «Kuhorakel» erinnert an die legendäre Krake Paul, die im deutschen Oberhausen in einem Aquazoo lebte. Sie sagte während der Fussball-Weltmeisterschaft 2010 den Ausgang aller Spiele mit deutscher Beteiligung sowie das Endspiel korrekt voraus. Im Herbst 2010 starb Paul eines natürlichen Todes.

Einen Nachfolger von Krake Paul gibt es bislang nicht. Was allerdings auffällt: Bei der jetzigen Fussball-Europameisterschaft sind Katzen und Hunde als Orakel überaus beliebt, wie ein Blick in die sozialen Medien verrät. Den Charme von Christian Tüscher's Kühen müssen sie aber erst einmal erreichen. Dem Bauern aus Schüpfen gelingt es auch ganz nebenbei, den Userinnen und Usern die Welt seiner Tiere näherzubringen. So schrieb er vor dem Match England - Kroatien: «Das Spiel tippt Panda, ein junges, aufstrebendes Talent mit Hang zu etwas zu viel Eigensinn in der Herde.»

Nachrichten

11 bestätigte Neuansteckungen

Coronavirus Zwischen Donnerstag- und Freitagmorgen wurden im Kanton Bern 11 Corona-Fälle bestätigt. In diesem Zeitraum wurden 1'050 Tests durchgeführt. Seit Beginn der Pandemie waren es damit insgesamt 65'549 Fälle. Es gab keinen neuen Todesfall. (pd)

Separatist geht im Protest

Bernjurassischer Rat Die Nichtberücksichtigung eines Separatisten fürs Präsidium des Bernjurassischen Rats (BJR) sorgt in diesem Gremium weiterhin für Unruhe: Maurane Riesen, Mitglied des Parti socialiste autonome du Jura Bernois (PSA), hat am Freitag ihre sofortige Demission aus dem Rat bekanntgegeben und begründete dies mit der Nichtwahl des Separatisten Pierre Mercier (PSA) als Ratspräsident. Mercier war bislang Vizepräsident und hätte im Turnus auf die bisherige Präsidentin Virginie Heyer (FDP) folgen sollen. FDP und SVP wollten aber im Zusammenhang mit dem Weggang von Moutier zum Kanton Jura nichts von einem separatistischen Präsidenten an der Ratsspitze wissen, worauf die Mehrheit die bisherige Präsidentin im Amt bestätigte. (sdu/ske)

Klimajugend in Ennergiekommision

Stadt Bern Der Gemeinderat hat die Verordnung zur Ennergiekommision angepasst, deren Aufgabenbereich ausgeweitet und neue Leute an Bord geholt. Das Gremium berät die Stadt nun auch in Fragen rund ums Klima. Eine der ersten Aufgaben wird die Auseinandersetzung mit dem Reglement über Klimaschutz und Klimaanpassung sein. Damit will der Gemeinderat eine verbindliche Grundlage schaffen, die den angestrebten Pfad der Stadt Bern zur Senkung der CO₂-Emissionen bis 2035 festhält. Dabei sind neue Vertreter von Wirtschaft, Mobilität und Klimajugend. Geleitet wird das Gremium von Gemeinderat Reto Nause. (sdu)

Beschwerde gegen Tempo 30 abgewiesen

Belp Der Berner Regierungsrat hat die Beschwerde eines Bürgers gegen die Tempo-30-Zone in Belp im Bereich Mittelstrasse, Kefiggässli, Sägerstrasse, Belpbergstrasse und Dorfstrasse abgewiesen. Der Beschwerdeführer hatte moniert, die Verkehrssicherheit nehme mit dem Wegfallen von Fussgängerstreifen ab. Der Statthalter urteilte, diese nehme zu. (sdu)

Wir gratulieren

Bäriswil/Kratigen Die Zwillingbrüder René und Charles Flückiger feiern morgen Sonntag ihren gemeinsamen 75. Geburtstag. (pd)

Büren zum Hof Heinz Luder feiert morgen Sonntag seinen 80. Geburtstag. (pd)

Zäziwil Morgen Sonntag feiert Rosa Schäfer, Vögberg, ihren 80. Geburtstag. (twz)

Wir gratulieren der Jubilarin und den Jubilaren herzlich und wünschen alles Gute.

Strafverfahren gegen Polizisten

Auf Hals gekniet Nach der gewaltsamen Festnahme eines jungen Dunkelhäutigen am vergangenen Wochenende am Bahnhof Bern ermittelt nun die Staatsanwaltschaft. Es war eine heftig diskutierte Polizeiaktion, die Journalistinnen und Journalisten zufällig beobachteten. Bei der Festnahme drückte ein Polizist

dem Mann sein Knie auf den Hals. Die Staatsanwaltschaft hat ein Strafverfahren eröffnet, wie der «Bund» berichtet. Die Untersuchungen führt die Staatsanwaltschaft für besondere Aufgaben, welche üblicherweise für Ermittlungen gegen die Polizei zuständig ist. Es werden nun Beweismittel gesichert. (ske)



Knie auf dem Hals bei der Festnahme. Foto: Raphael Moser

Die Bevölkerung steht zu ihrer Badi

Badi Messen Fraubrunnen machte am Sonntag den Anfang. Mit einem Ja-Stimmen-Anteil von über 76 Prozent genehmigte der Souverän einen Kredit von 1,145 Millionen Franken. So hoch ist der Anteil von Fraubrunnen an der Sanierung der Badi Region Messen, die insgesamt 3,5 Millionen Franken kosten wird. Am Mittwoch und Donnerstag haben nun die drei Solothurner Verbandsgemeinden Messen, Buchegg und Unterramsern den entsprechenden Krediten zugestimmt. Die Entscheide an den Gemeindeversammlungen fielen jeweils praktisch einstimmig.

Grossaufmarsch in Messen

In der Standortgemeinde Messen habe es mit 114 Stimmberechtigten «einen Grossaufmarsch» gegeben, erklärt Gemeindepräsident Bernhard Jöhr. Der Entscheid fiel einstimmig. Messen übernimmt mit 1,925



Die Badi in Messen liegt leicht erhöht im Limpachtal. Foto: Beat Mallys

Millionen Franken mehr als die Hälfte der Kosten. Die Sanierung der gut 50 Jahre alten Badi Region Messen ist dringend. Vor allem die technischen Anlagen genügen den heutigen Vorgaben nicht mehr und müssen ersetzt werden. Als neues Element ist eine Breitentrasse vorgesehen. Nachdem nun alle Gemeinden Ja

zur Sanierung gesagt haben, geht es an die Detailplanung. Bis im Sommer 2022 sollen die Submission abgeschlossen sein. Die Arbeiten starten voraussichtlich im September 2022, sodass sich die Gäste ab Mai 2023 über eine sanierte Badi freuen dürfen.

Hans Ulrich Schaad

Hoffen im Platzregen

Corona-Testanlass versus Realität EM in zwei Welten: Während in Gerzensee beim kantonalen Testanlass die künftige Realität ausprobiert wurde, herrschte in der Berner Aarberggasse eine alte Normalität.

Michael Feller und
Rudolf Burger

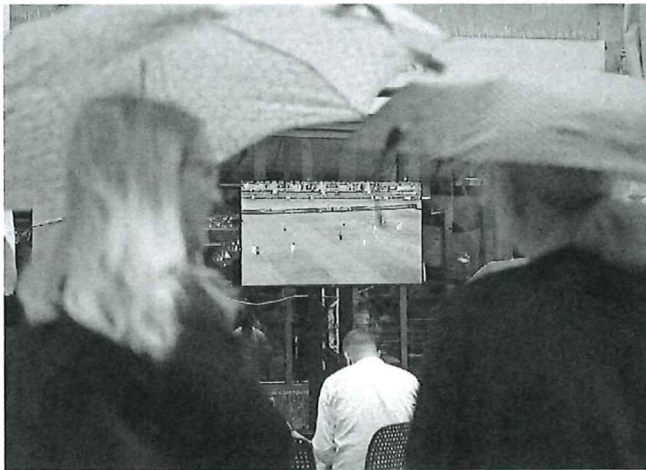
Bereits vor der entscheidenden Partie Schweiz gegen die Türkei in Baku hat das Gewitter mit heftigem Regen den Betrieb auf dem Bächli in Gerzensee zum Erliegen gebracht. So kommt der Berichterstatter – unabsehbare – via Ausgang aufs Gelände, kann sich aber später von Fabian Zulliger, dem Geschäftsführer des FC Gerzensee, nach dem Gewitter erklären lassen, wie das alles gemäss Absprache mit dem Kanton vor dem heftigen Regen funktionierte: Wer über 16 Jahre alt war, wer keinen Impfausweis und keinen PCR-Test vorweisen konnte, musste sich einem Corona-Schnelltest unterziehen und sich danach 15 Minuten auf die Wartebank setzen. Erst nach dem Bescheid über ein negatives Testresultat durfte er oder sie aufs Gelände.

Draussen auf dem Fussballplatz sind die Finals der Schülerturniere noch im Gang. Ein deutlich mehr als nur halb leeres Festzelt. Bloss zwei Männer mit einem T-Shirt mit einem Schweiz-Design. «Die Anspannung ist spürbar», sagt SRF-Kommentator Ruefer. Nichts davon in Gerzensee. Ein weiteres Gewitter ist angekündigt. Die meisten der Festteilnehmer wollen sich das Spiel wohl zu Hause anschauen.

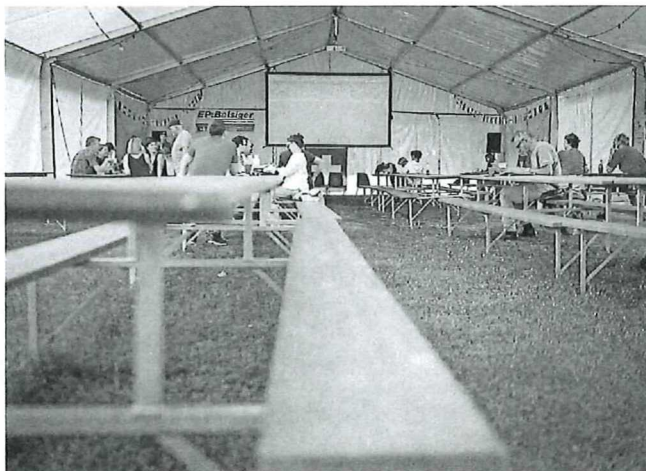
Laut wird es bei der Hymne

In der Berner Aarberggasse ist zwar nicht so viel los wie damals bei den Spielen gegen Italien und Wales, aber die Aussentische der diversen Lokale sind gut besetzt. In der Shisha-Bar rauchen die Gäste Wasserpfeife. Ein erstes Mal richtig laut wird es bei der Hymne – bei der italienischen Hymne.

Vis-à-vis in der Laube vor dem Coop Ryfflihof wird das Spiel der Azzurri gegen Wales gezeigt, das gleichzeitig stattfindet. Fans, mit der Tricolore umhüllt, singen noch inbrünstiger als die Fuss-



Ein flüssiges Spiel auf den Schirmen in der Aarberggasse. Foto: Enrique Muñoz García



Es hatte noch Platz im Festzelt von Gerzensee. Foto: Marcel Bieri

ballspieler auf dem Platz. Es kann losgehen.

Doppelter Jubel beim 1:0

Nach wenigen Minuten das 1:0 durch Seferovic für die Schweiz. Im Festzelt von Gerzensee wird jubelt, kurz und heftig. Die mittlerweile rund drei Dutzend Zuschauer machen sich also doch bemerkbar. Dann macht Shaqiri das 2:0. Mehr Zuschauer sind nun im Festzelt, der Jubel ist deutlich stärker als beim 1:0. Der Sitznachbar weiss, dass Shaqiri das Tor mit dem falschen Fuss, dem rechten, erzielt hat. Ein paar Minuten später, als Shaqiri allein aufs Goal loszieht, wird er von Schreien begleitet. Der Ball geht neben das Tor.

In Bern wird es erstmals richtig laut – als Italien das 1:0 gegen Wales schießt. Die Coop-Tifosi sind zwar deutlich in der Unterzahl, zudem war Italien schon vor dem letzten Gruppenspiel weiter. Und doch sind sie weitaus die lauteste Fangruppe. Der Schweizer Jubel ist zwar laut, aber verstummt gleich wieder. Man merkt nicht wirklich, dass die Schweiz um den Verbleib in der Europameisterschaft kämpft.

Gewitter wird wichtiger

Pause. Welt stürmischer als der Zuspruch für die Schweizer Nationalmannschaft ist nun wieder das Wettergeschehen. Ein heftiger Wind zieht durch die Aarberggasse. Die Restaurantangestellten schliessen die Sonnenschirme. Bei der Shisha-Bar werden die Kissen gestapelt, Trennwände fallen um. Gläser gehen zu Bruch. Erste Regentropfen sind zu spüren.

In Gerzensee schauen nach der Pause nun etwas mehr Leute zu. Draussen braut sich das zweite Gewitter zusammen. Windböen fegen durchs Zelt. Der Anpfiff zur zweiten Halbzeit geht im Geschnatter der Zuschauer unter. Selbst als das 2:1 der Türken fällt, ebbt das Gepläuder im Festzelt kaum ab. Wo sind sie bloss, die Schweiz-Enthusiasten?

Dann das 3:1. Jetzt wird es endlich richtig laut. Es sind also doch Fans im Zelt. Doch dann fällt das Bild auf der Leinwand aus. Kein Signal, meldet das Gerät, bevor gar nichts mehr auf dem Bildschirm zu sehen ist. Passend dazu, was sich draussen abspielt: Es blitzt, donnert und regnet. Ist da niemand, der die Fernsehpanebeheben kann? Gerade rechtzeitig zum Pfostenschuss Xhaka ist das Bild zurück, bevor es in der Folge aber immer wieder ausfällt.

Gedränge unter den Lauben

Während die Schweiz versucht, wichtige weitere Tore zu schliessen, giesst es in der Berner Aarberggasse nun wie aus Kübeln. Ein paar Unentwegte klammern sich an ihre Regenschirme, die in den Windböen leiden. Nun spielt das Leben unter den Lauben gegenüber, wo sich immer mehr Menschen versammeln, um dicht gedrängt auf den Bildschirmen auf der anderen Gasse die Fussballspiele zu verfolgen. Es dröhnt karibische Musik aus einer Boombox. Die Leute tänzeln herum und verfolgen gespannt die letzten Minuten des Fussballspiels.

Der Schlusspfiff wird in Gerzensee von erstaunlich wenig Applaus begleitet. Wird es wohl für den Achteleinfinal reichen? Weil draussen der Regen nachgelassen hat, leert sich das Zelt rasch.

Corona ist vergessen

In der Aarberggasse ist es der Schlusspfiff des Italien-Matches, der für die meisten Emotionen sorgt. Die Realität an den Festbänken vor dem Coop sind weit entfernt von Sicherheitskonzepten und Registrierungspflicht. Corona ist vergessen, die Freude ist gross – bei den Tifosi.

Es ist kalt geworden. Ja, wird es auch für die Schweiz reichen, obwohl sie die Waliser nicht vom zweiten Platz verdrängen konnten? Ein fast unbemerkbares leises Bangen spiegelt sich in den Pfützen.

Zwei heftige Gewitter innerhalb weniger Stunden im Kanton Bern

Es bleibt gewittrig Die erste Hochsommerphase dieses Jahres ging am Sonntagabend mit zwei Gewitterfronten zu Ende.

Gewittriger Abend im Kanton Bern: Nachdem zwischen 16.30 und 17 Uhr ein erstes Gewitter über die Region zog, entlud sich zwischen 19 und 19.30 Uhr eine zweite Front über dem Kanton Bern. Beide Unwetter brachten lokal Starkregen, Windböen und Hagel mit sich.

Die Gewitterzüge wurden von Meteo Schweiz mit der Gefahrenstufe 4 von 5 (grosse Gefahr) beurteilt. Die Unwetter brachten eine starke Abkühlung mit sich: War es am Nachmittag in Bern noch schwüle 27 Grad warm, mass das Thermometer kurz nach 20 Uhr noch kühle 18 Grad.

40 Meldungen ein

Das erste Gewitter wütete am Vorabend besonders stark im Aare- und Gürbetal sowie in der

Gantrischregion. In Riggisberg etwa fiel zeitweise Hagel, einzelne Hagelkörner erreichten die Grösse eines Golfballs.

Kurz nach 17 Uhr lieferte die Kantonspolizei Bern eine Zwischenbilanz: Zwischen 15 und 17 Uhr gingen rund 40 Meldungen im Zusammenhang mit dem Unwetter bei der Polizei ein. Die meisten davon betrafen umgestürzte Bäume oder Äste, die auf die Strasse fielen. Vereinzelt riefen auch Leute an, deren Keller sich wegen des Gewitters mit Wasser gefüllt hatte.

Gewittrig bis Donnerstag

Die meisten Meldungen erhielt die Polizei aus der Region Thun, Interlaken, Berner Oberland. Meldungen über Verletzte gab es bis gestern Abend keine.

Doch mit dem Eindunkeln war es nicht vorbei mit den Unwettern: Im Verlauf der Nacht wurden weitere Gewitter erwartet, besonders zwischen Mitternacht und zwei Uhr Morgens musste im Kanton Bern mit Donner und Blitzschlag gerechnet werden.

Verschiedene Wetterdienste empfehlen, sich weiterhin nicht im Wald oder am Wasser aufzuhalten und lose Gegenstände wie etwa Blumentöpfe oder Velos zu sichern.

Auch in der neuen Woche bleibt es unbeständig. Bis mindestens am Donnerstag besteht jeden Abend das Risiko, dass es zu weiteren Unwettern kommt.

Nicht nur der Kanton Bern, sondern die ganze Schweiz war am Sonntag immer wieder von Gewittern betroffen. (chh/pd)

Microspot zügelt Showroom nach Jegenstorf

Onlinehandel Der Showroom in Moosseedorf wird nach zehn Jahren geschlossen.

Wer online einkauft, möchte vor dem Bezahlen die Ware vielleicht doch noch in die Hand nehmen. Sieht ein Gerät wirklich so gut aus wie auf dem PR-Foto, wie einfach lässt es sich bedienen? Der Unterhaltungs- und Heim-elektronik-Onlinehändler Microspot betreibt dafür zwei sogenannte Showrooms, einen im Hauptbahnhof Zürich und den anderen bislang in Moosseedorf.

Letzterer wird nun nach zehn Jahren geschlossen, und dafür wird am kommenden Donnerstag ein neuer Showroom in Jegenstorf eröffnet. Und zwar am Sitz von Microspot, wo die Coop-Tochter auch ihr Logistikzentrum betreibt. Durch den Zusammenzug könne der Showroom künftig in Fussdistanz mit Bestellungen beliefert werden, und

die Transportfahrten nach Moosseedorf fielen weg, heisst es beim Unternehmen.

Die vier Mitarbeitenden des Showrooms in Moosseedorf werden auch in Jegenstorf arbeiten. Sie sollen Kundinnen und Kunden nicht nur bei Bestellungen, sondern auch bei Retouren und Reparaturen unterstützen.

Wohin die Zukunft des stationären Handels wohl führt, das zeigen auch zwei andere Trends, die im Showroom umgesetzt werden. So kann ein Teil der Artikel aus dem grossen Sortiment ab 17 Uhr abgeholt werden, wenn sie bis um 12 Uhr bestellt wurden. Und eingesetzt werden im Showroom digitale Preisschilder, welche die wechselnden Preise vom Onlinehändler automatisch übernehmen. (ju)

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Berner Polizisten

Stadt Bern Wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch befasst sich die Staatsanwaltschaft mit einem Polizei-Einsatz bei der Berner Heiliggeistkirche. Sie hat eine Untersuchung eröffnet. Christof Scheurer, der Informationsbeauftragte der Staatsanwaltschaft, bestätigte einen Bericht der Zeitung «Der Bund». Eine Polizeipatrouille hatte einen Mann überwältigt, zu Boden gedrückt und abgeführt. Ein Foto erweckt den Eindruck, dass ein Polizist dem Mann das Knie auf den Hals legte. Die Polizei entgegnete, eine Fixierung mit dem Knie sei nicht auf dem Hals, sondern im Bereich der Schultern oder des Kopfes vorgesehen. Bei aktiver Gegenwehr könne das Knie verortet werden. Beim Mann soll es sich laut «Bund» um einen 27-jährigen Mann handeln. Er sitzt mittlerweile in Moutier in Ausschaffungshaft und gebe an, aus Marokko zu stammen. (ske)